Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł. **Anzeigen:** im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr. im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“ — „Die Welt der Frau“ — Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“

68. Jahrgang — Donnerstag, den 21. November 1929 — Nr. 268

Politische Prozesse gegen die Deutschen in Polen

Der Prozeß gegen den Deutschtumsbund niedergeschlagen.

Gegen die Deutschen in Polen werden politische Prozesse geführt, die besonders in der polnischen Presse, meist böswillig, miteinander verwechselt zu werden pflegen. Man muß sich daher mit einer Abgrenzung beschäftigen. Neben den vielen Presseprozessen gegen die deutschen Zeitungen sind zunächst drei Hauptgruppen zu unterscheiden:

I. **Der Deutschtumsbundprozeß,**
II. **der Prozeß der Erinnerungsmedaillen,**
III. **der Pfadfinderprozeß.**

I. Der Prozeß gegen den Deutschtumsbund wurde am 5. Februar 1929 mit einer ganzen Serie von Anschuldigungen, es handelt sich um 37 und mehr führende deutsche Persönlichkeiten in Polen, eröffnet, nachdem der Deutschtumsbund bereits im Jahre 1923, also sechs Jahre vorher, aufgelöst und seine Büroräume geschlossen worden waren. Damals ging eine wahre Flut von Verleumdungen und Beschimpfungen des deutschen Volkstums durch die polnische Presse. Am 4. Juli d. J. wurde die Untersuchung gegen acht neue Angeschuldigte eröffnet. In diesen Tagen ist eine ganze Reihe neu hinzugekommener Angeschuldigter in den Prozeß mit hineinbezogen worden. Damit wird bedauerlicherweise die Kette der Angeschuldigten auf der einen Seite vergrößert, während sie auf der anderen Seite eingeschränkt wird. Wie die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg nämlich erfährt, ist durch einen Beschluß des Untersuchungsrichters vom 31. Oktober der Prozeß gegen 37 Mitglieder eingestellt worden. Der Beschluß wird nachstehend wörtlich wiedergegeben:

I. J. 2076/23.

Beschluß.

In der Strafsache gegen Borkowski und Genossen wegen Verbrechens und Uebertretung aus den Paragraphen 12, 129, 132, 81 Abs. 3, 86, 73 St. G. B. (Strafgesetzbuchs) und der Paragraphen 1 und 2 des Gesetzes vom 3. 6. 1914 hat der Appellations-Untersuchungsrichter für Sachen von außergewöhnlicher Bedeutung in Posen im Einvernehmen mit dem Prokurator beim Bezirksgericht in Bromberg beschlossen, auf Grund der Artikel 271 und 272 § 1 Abs. b der Strafprozeßordnung das einleitende Untersuchungsverfahren in der vorliegenden Sache niederzuschlagen:

1. Borkowski, Paul
2. Dietrich, Georg
3. Hesse, Walter
4. Obuch, Helmut
5. Friedmann, Bartholomäus
6. Horn, Ernst
7. Splett, Johann
8. Stahlke, Albert
9. Orland, Ludwig
10. Stach, August
11. Stenzel, Franz
12. Rumland, Erich
13. Müller, Emil
14. Pastor Wurlitzer, Gotthard
15. Büsler, Wilhelm
16. Wendland, Bruno
17. Wehr, Walther
18. Merkel, Irene
19. Reikowski, Oskar
20. Jampert, Ernst
21. Stroschke, Paul
22. Kahmann, Wilhelm
23. Helpape, Franz
24. Schultz, Walther
25. Müller, Kurt.

Gegen diese Angeklagten, die aus den §§ 81 Abs. 3, 86, 128, 129, 132 und 73 St. G. B. angeklagt sind, wird das ganze Untersuchungsverfahren eingestellt.

26. Winkelhausen, Wilhelm
27. Arendt, Leo, angeklagt wie oben, sofern es die Anklage aus dem § 81 Abs. 3, 86, 128, 132 und 73 Strafgesetzbuchs betrifft;
28. Natter, Friedrich, angeklagt wie oben.

Gegen sie wird das ganze Verfahren eingestellt.

29. Rhode, Ignatz
30. Grewe, Johann, angeklagt wie oben.

Gegen sie wird das Verfahren eingestellt, soweit es die Anklage aus den §§ 81, Absatz 3, 86, 132 und 73 des Strafgesetzbuches betrifft.

31. Superintendent Morgenroth
32. Schmidt, Otto
33. Dr. Nordewin von Körber-Körberrode.

Gegen die aus den §§ 128, 132 St. G. B. Angeklagten wird das ganze Verfahren aus der obigen Anklage eingestellt.

34. von Treskow, Walter
35. Dobbermann, Paul
36. Gutsche, Paul
37. Kammel, Richard

Angeklagt aus den §§ 128 und 129 Str. G. B.; **das Verfahren gegen die Angeklagten zu 35, 36 und 37 wird bezüglich des § 128 Str. G. B. eingestellt; gegen den Angeklagten zu 34 wird das ganze Verfahren eingestellt.**

Denn

in bezug auf die Angeklagten ad 1—23 hat das Untersuchungsverfahren die

Schuld

der Angeklagten bezüglich des Gesamtkomplexes der ihnen vorgeworfenen Handlungen

nicht ergeben;

in bezug auf die Angeklagten ad 26 und 27 hat das Untersuchungsverfahren die

Schuld

der Angeklagten aus dem § 81 Abs. 3, 86 und 73 Strafgesetzbuch

nicht ergeben.

Was die Anklage aus den §§ 128 und 132 Strafgesetzbuch anbelangt, so mußte sie auf Grund der Amnestie aus den Jahren 1923 und 1928 **niedergeschlagen** werden. Nur die Anklage aus § 129 Strafgesetzbuch bleibt in Kraft;

in bezug auf die Angeklagten 29 und 30 hat das Untersuchungsverfahren die

Schuld

der Angeklagten aus den §§ 81 Abs. 3, 86, 132, 73 Strafgesetzbuch

nicht ergeben;

sie waren jedoch durch ein bis jetzt nicht rechtskräftiges Urteil aus den §§ 128, 129 Strafgesetzbuch verurteilt worden. Diese Anklage bleibt in Kraft;

in bezug auf den Angeklagten zu 28 hat das Untersuchungsverfahren die

Schuld

des Angeklagten aus den §§ 81 Abs. 3, 86, 132, 73 Strafgesetzbuch

nicht ergeben,

und durch ein nicht rechtskräftiges Urteil wurde er nach Verwerfung der Revision des Prokurators durch das Oberste Gericht aus dem § 128 und 129 des Strafgesetzbuchs im Jahre 1923 zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt; das Verfahren gegen ihn fällt unter die Amnestie aus dem Jahre 1928.

Was die Angeklagten zu 31, 32 und 33 anbetrifft, so ist das Verfahren auf Grund der Amnestie aus den Jahren 1923 und 1928 **niederzuschlagen;**

in bezug auf die Angeklagten zu 35, 36, 37 ist das Verfahren auf Grund der Amnestie aus dem Jahre 1923 und 1928 **niederzuschlagen,** soweit es die Anklage aus § 128 Strafgesetzbuch betrifft; die Anklage aus § 129 Strafgesetzbuch bleibt bestehen.

Was den Angeklagten zu 34 anbelangt, so ist das Verfahren infolge des Todes des Angeklagten im ganzen **niederzuschlagen.**

Bromberg, 31. Oktober 1929.

(gez.) Bogusz,

Spezial-Untersuchungsrichter für Fälle von außerordentlicher Bedeutung beim Appellationsgericht in Posen.

*

Mit diesem Beschluß des außerordentlichen Untersuchungsrichters wird gegenüber allen namentlich angeführten Personen, von denen übrigens neben dem Herrn von Treskow auch der Rechtsanwalt Dr. Wehr im Laufe der 6 Jahre verstorben ist,

die Anklage wegen Hochverrats, hochverräterischen Unternehmens, wegen Amtsanmaßung und Geheimbündelei fallen gelassen,

soweit alle oder einzelne der in Frage kommenden §§ 81, 86, 128 und 132 St. G. B. den Angeschuldigten zur Last gelegt wurden. Lediglich in 5 Fällen wird das Verfahren wegen § 129 St. G. B. weitergeführt. Den betreffenden Angeschuldigten (unter Nr. 26, 27, 35, 36, 37) wird damit „die Teilnahme an einer Verbindung“ vorgeworfen, „zu deren Zwecken oder Beschäftigungen es gehört, Maßnahmen der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften. Dieses Vergehen wird an den Mitgliedern der Verbindung mit Gefängnis bis zu einem Jahre, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von drei Monaten bis zu zwei Jahren bestraft. Es muß auffallen, daß generell der gewichtigere § 128 (Geheimbündelei) wegen der inzwischen ergangenen Amnestie als erledigt angesehen wird, während die Verfolgung wegen Verletzung des § 129 in Kraft bleibt. Ebenso ist es bemerkenswert, daß in zwei Fällen (Nr. 29 und 30) ein altes Verfahren aus § 129 unter die Amnestie gesetzt wird, während die verbleibenden 5 Fälle nicht unter deren Vorzüge gestellt werden.

Unverändert bleibt die Beschuldigung gegenüber den 8 Personen, gegen die am 4. Juli d. Js. das Untersuchungsverfahren in der gleichen Sache eröffnet wurde. Wie wir erfahren, dürfte die Untersuchung gegen diese deutschen Männer (Fr. Heidelck, Fr. Krause, Dr. Rauschning, Ponwitz, E. von Witzleben, W. Jenner, Beyer und Richert) in den nächsten Tagen gleichfalls abgeschlossen werden. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß dann der gesamte Deutschtumsbund-Prozeß seine völlige Erledigung erfährt.

II. **Der Prozeß der Erinnerungsmedaillen,** der gleichfalls am 4. Juli gegen vier Angehörige der deutschen Minderheit in Polen (Fr. Krause, Otto Schmidt, Emil Mix und Hedwig Seiler) im Untersuchungsverfahren eröffnet wurde, hat bisher noch keine Aenderung erfahren. Die Untersuchung wurde eingeleitet wegen des Verbrechens nach § 86 St. G. B. (hochverräterisches Unternehmen, „begangen durch bewußte Ausübung von Evidenz der ehemals deutschen Militärpersonen in Polen, denen Erinnerungsmedaillen (des Kyffhäuser-Bundes) verliehen wurden“. Diese Handlung soll den Zweck gehabt haben, „ehemals deutsche Militärpersonen zu Diversionszwecken vorzubereiten, um bei einem deutsch-polnischen Konflikt mit den Heeren des Gegners Hand in Hand zu gehen“.

III. **Der Pfadfinder-Prozeß,** über dessen Vorgeschichte und Einleitung wir in den letzten Wochen verschiedentlich berichtet haben, geht gleichfalls seinen Gang. Der Jugendpfleger Mielke und der Studienrat Heidelck in Bromberg, sowie der Oberlehrer Dr. Burchard in Posen befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft. Der Leiter der Agrarabteilung im Bureau der deutschen Sejmabgeordneten, von Rützen, wird ebenfalls noch im Bromberger Untersuchungsgefängnis festgehalten.

Der Ministerpräsident über die Verfassungsreform.

Die lange erwartete große politische Rede. — Kritik an der bestehenden Verfassung. — Die parlamentarischen Systeme. — Die Macht in einer Hand. — Die Parteiwirtschaft hat aufgehört. — Die Kraft des Landes. Aeußerungen von großer innenpolitischer Bedeutung. — Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Kundgebung für Marschall Piłsudski.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 20. November.

Wie bereits angekündigt, hat die Regierung die Absicht, im ganzen Lande durch die Mitglieder des Kabinetts eine umfangreiche Propaganda für die Verfassungsänderung zu machen. Dieser Feldzug ist gestern eingleitet worden durch die große Programmrede des Ministerpräsidenten Switalski, die nicht verfehlen wird, in Polen wie auch im Auslande einen außerordentlichen Eindruck zu hinterlassen. Ob dieser Eindruck zum Vorteil Polens gereichen wird, werden die nächsten Tage lehren. Das Gebäude der Philharmonie, in dem der Vortrag stattfand, war durch starke Polizeimannschaften abgesperrt, und der Einlaß wurde streng kontrolliert. Nur Personen, die Einlaßkarten hatten, wurden zugelassen. Der Saal, der etwa 2000 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Fast alle Minister, eine ganze Anzahl von Generalen und zahlreiche der berühmten Obersten, in deren Hand angeblich die Macht liegen soll, waren im Saal anwesend.

Ministerpräsident Switalski begann damit, die bestehende Verfassung zu kritisieren. Als sie geschaffen wurde, war es der Wunsch der Schöpfer dieser Verfassung, daß sie nach Möglichkeit zum Nachteil des Landesoberhauptes und zur Einschränkung seiner Gewalt ausfiel. Gleichzeitig aber wurde die Macht der Abgeordneten bis an die Grenze des Möglichen ausgedehnt. Erst nachdem der Maiumsturz erfolgt war, beschäftige sich die Gesellschaft mit der Notwendigkeit einer Verfassungsrevision. Ein Teil der Abgeordneten ist der Ansicht, daß der Sejm die Pädagogen der Nation darstelle, daß sie wie Engel wären, und daß, wenn sie verschwänden, jeder Streit zu einer Revolution führen müßte. Die Projekte, die ausgearbeitet wurden, um die Verfassung zu ändern, wie z. B. das Projekt des Regierungsblocks, wurden sofort der schärfsten Kritik unterzogen. Man sagte sich, daß diese Projekte nichts anderes herbeiführen würden als administrative und polizeiliche Willkür und auf einen Abschluß der Aktion des Militärs hinausliefe.

Der Regierungsblock hatte nun vorgeschlagen, trotz der Schließung der Session die Beratungen fortzusetzen. Dieser Vorschlag wurde jedoch zurückgewiesen. Der Ministerpräsident ist der Ansicht, daß alles, was geschehen sei: die Abweisung des Versuchs, mit den Parteiführern zu unterhandeln, die Kritik der Budgetüberschreitungen und die Zitierung des früheren Finanzministers Czechowicz vor den Staatsgerichtshof und anderes, nur geschehen sei, um die Verfassungsrevision zu verschleppen. Es ist klar, daß der Ministerpräsident sich hier einer Täuschung hingibt. Die Abgeordneten haben das Recht, Budgetüberschreitungen einer genauen Kontrolle zu unterziehen, zumal es sich um Ueberschreitungen von über 600 Millionen handelt. Den Vorschlag, mit den Parteiführern zu verhandeln, hatte man abgelehnt, weil man ähnliches befürchtete wie bei dem berühmten Tee bei Bartel vor drei Jahren, wo Marschall Piłsudski so schwere Beleidigungen gegen die Sejmabgeordneten aussprach und ihnen mit der Peitsche drohte. Auch der Beschluß, den früheren Finanzminister Czechowicz vor Gericht zu ziehen, entsprang nur dem Wunsche, in Zukunft derartiges unmöglich zu machen.

Switalski meint, daß oft genug eine rein mathematische Mehrheit des Parlaments zu einer Regierung geführt hätte, die vom Lande wie eine Herausforderung aufgefaßt worden sei, wie z. B. die Regierung Witos (die bekanntlich im Jahre 1926 von Piłsudski mit bewaffneter Hand gestürzt wurde).

Die Verfassungsreform müsse vor allen Dingen das Verhältnis zwischen Sejm und Regierung, also zwischen der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt, regeln. Es hinge in erster Linie vom Parlament selbst ab Konflikte zu vermeiden, die zwischen der Regierung und dem Parlament entstehen könnten. Eine schwache Regierung aber führe Polen stets zu einer Katastrophe.

Ganz ausführlich behandelt der Ministerpräsident dann das parlamentarische System in Frankreich und das System in England, um zu zeigen, daß beide parlamentarischen Systeme für Polen unanwendbar seien. In Polen sei es doch so, daß, wenn erst ein Dutzend Parteiführer ihre Stellung fest-

legten, jede weiteren Reden im Sejm überflüssig wären. Im Sejm fehle überhaupt eine ständige Mehrheit, die zu ganz positiven Zwecken gebildet wäre. Wenn aber diese Mehrheit fehle und die Mehrheit für die Regierung rein arithmetisch zusammengesetzt werde, so müsse die Regierung fortdauernd jonglieren und allerhand Tricks anwenden, um ein Vertrauensvotum zu bekommen.

Auf die Abgeordneten der Minderheiten könne die Regierung nicht zählen, da von seiten einiger dieser Minderheitsabgeordneten alles in negativer Art behandelt werde, selbst die Existenz des polnischen Staates.

In England regiere man mit einer Minderheit, aber das Parlament macht der Regierung ihre Aufgabe möglich. Wäre in Polen die Regierung in einer ähnlichen Lage, dann müßte sie sich nach allen Seiten hin verkaufen oder einen politischen Druck aushalten. Ein Teil der Abgeordneten kann von der historischen Doktrin nicht los, und für diese Abgeordneten ist es unmöglich, zu begreifen, daß eine starke Persönlichkeit mit den nötigen Machtbefugnissen die unumschränkte Gewalt über 30 Millionen Untertanen habe. Das wäre dann ein Dämon oder ein Tyrann. **Der Haß gegen den Marschall Piłsudski rühre nicht nur aus ihrer politischen Ueberzeugung, sondern auch daher, daß er diese historische Doktrin entkräftet hat. Eine regierende Persönlichkeit mit einer derartigen Machtbefugnis ist für solche Leute ein schwarzer Teufel. Das kommt aber daher, daß diese Personen niemals in Berührung gekommen sind mit der Atmosphäre, die nötig ist, um entscheidend auftreten zu können. Der französische Schriftsteller Fraguet hat einmal recht witzig gesagt, wenn die Regierungen schnell wechselten wie in Frankreich, dann bestehe nicht die Möglichkeit, daß sich die zerstörende Kraft der Minister in der Verwaltung recht auswirken könne. Etwas ähnliches ist aber in Polen unmöglich, sagt Switalski, es habe aufgehört, daß jeder einzelne Wojewode und Polizeikommandant seine eigene Politik führe, die sich nach den verschiedenen Parteiströmungen richtet.**

Die Hoffnung vieler geht auf eine Aenderung des Wahlrechts. **Aber diese Aenderung des Wahlrechts bringe keine Wunder.**

Wenn die Rechte bestimmt wüßte, daß der Staatspräsident ein Nationaldemokrat wäre, dann würde sie mit einer Ausdehnung seiner Machtbefugnisse zufrieden sein.

Die Verfassungsänderung muß, so schwierig sie auch ist, durchgeführt werden. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Kraft des Landes zu stärken, indem man ihm eine dauerhafte starke Regierung möglich macht. Bei diesen Bestrebungen, so meint Switalski, stehen die breiten Massen der Gesellschaft hinter ihm. Selbstverständlich ist es notwendig, daß bei den Schwierigkeiten eine Regierung an der Spitze steht, die mit starker Hand den richtigen Weg geht.

Und nun folgen Aeußerungen des Ministerpräsidenten, die von größter Bedeutung für die innere Entwicklung in Polen sind. Der Minister sagt, wenn der polnische Parlamentarismus nicht die weitestgehenden Garantien dafür bietet, daß eine starke Regierung möglich ist, und er mit Enttäuschungen droht, so muß man sich dahin entscheiden, daß die Gewalt gegen die parlamentarischen Rechte rücksichtslos eingeschränkt werde. An diesen Grundsätzen muß festgehalten werden. Man darf die Verfassungsänderung nicht einfach beiseiteschieben, weil etwa der Telegraphendraht Nachrichten in das Ausland schickt, die den Kampf in falschem Lichte erscheinen ließen. Trotz der Gefahr von Erschütterungen muß ganz entschieden vorgegangen werden. Solcher Gefahr können wir selbst begegnen, wenn wir uns hüten, alarmierende Erzählungen zu verbreiten, die der Sache schaden. So wird die Verfassungsänderung auch ohne großen Schaden vor sich gehen können, am besten, wenn dieser Kampf sich auf engstem Abschnitte abspielen könnte. Das wünschen wir auch. Wenn dies nicht gelingen sollte, dann müsse er auf einer größeren Fläche ausgetragen werden.

Ich habe die Ehre, zu dem Lager zu gehören, das s. Zt. im Unabhängigkeitskampf als eine Gruppe von Verrückten bezeichnet wurde. Ich habe die Ehre, dem Lager anzugehören, das damals den aktiven Kampf um die Unabhängigkeit aufnahm und sich dabei auf die eigenen Kräfte stützte, obgleich in den Köpfen der Diplomatie die Curzon-Linie spuckte, marschierten wir darauf los, wenn auch viele das für gefährlich hielten (die Curzon-Linie ist jene Grenzlinie, die zunächst zwischen Polen und Rußland auf Empfehlung Curzons gezogen werden sollte und breite Teile außerhalb des jetzigen polnischen Territoriums ließ).

Im Vergleich zu den damaligen Schwierigkeiten ist die jetzige Lage leicht zu nennen. Denn es ist unsere Aufgabe, durch die Kraft und den Willen des Mannes, der unser Führer ist, Polens Macht, seine Würde und die Grenzen zu befestigen. (Langanhaltender Beifall und Zurufe: Es lebe Piłsudski!) **Piłsudski steht an der Spitze unserer Bestrebungen, und der Sieg ist sein.**

Die Worte Switalskis wurden mit großem Beifall aufgenommen, was natürlich ist, da ja die Zuhörer von dem Regierungsblock eingeladen waren und das Publikum nur aus Anhängern bestand. Es ist klar, daß die Absicht des Regierungsblocks darauf hinausläuft, die Person des Staatspräsidenten und dessen Regierung mit einer großen Machtfülle zu umgeben. Wie diese Pläne, in deren Vordergrund Marschall Piłsudski steht, im einzelnen ausgeführt werden sollen, sagt Switalski nicht. Es genügt zu wissen, daß die Regierung unter Umständen auch gegen die Mehrheit, also auf unparlamentarischem Wege, ihre Absichten wird durchsetzen wollen.

Kundgebung gegen Deutschland.

Warschau, 20. November.

Während diese Versammlung stattfand, versammelten sich einige hundert nationalistische Studenten vor dem Polytechnikum, um gegen den Ausgleichsvertrag zwischen Polen und Deutschland zu protestieren. Sie marschierten dann los nach der ul. Piękna, deren Ein- und Ausgänge von der Polizei abgesperrt waren, **um vor die deutsche Gesandtschaft zu gelangen.**

Die Polizei griff kräftig ein, und als einige Studenten vorzudringen versuchten erhielten sie Prügel. Ihr Gejohle und Gegrögle war 100 Meter weit bis zur Gesandtschaft selbst vernehmbar. Von da aus zogen die Studenten vor das Gebäude der Philharmonie, um dort der Regierung ihre Mißbilligung dafür auszudrücken, daß sie den Vertrag mit Deutschland abschloß. Die Polizei war auch hier vorbereitet und vertrieb die Studenten, die eiligst die Flucht ergriffen, sich dann wieder sammelten und nach dem Theaterplatz vor das Rathaus marschierten. Dort waren 150 Polizisten zu Pferde und zahlreiche Polizisten zu Fuß, so daß die Studenten ihre Absichten, dort Radau zu veranstalten, lieber unterließen. Einem großen Teil von ihnen gelang es jedoch, ins Rathaus zu kommen, die Treppe hinaufzusteigen und sich dann dichtgedrängt auf dem Balkon zu zeigen, von wo aus sie auf den Platz herunterschrien. Aber die Polizei ließ es nicht zu, daß sich eine größere Menge auf dem Theaterplatz ansammelte. Es sprach der Abg. Stroński. **Es ist unbegreiflich, daß nach elf Jahren noch so viel Haß und böser Glaube vorhanden sein kann, wie er in der Rede Strońskis zum Ausdruck kam. Als sich die Studenten beim Polizeikommandanten über das Vorgehen der Polizei beklagten, erhielten sie zur Antwort, daß auch die Studenten kräftig mit Stöcken zuschlugen und ihre Messer in Aktion gebracht hätten.**

Beschlagnahmen.

Heute erschien die **„Gazeta Warszawska“**, die offenbar ausführlich über die Vorgänge berichtet hatte, mit vielen weißen Flecken. Auch der **„Robotnik“** wurde beschlagnahmt, und ebenfalls die gestrige Ausgabe des „Robotnik“, in der der Präsident der zweiten sozialistischen Internationale, Vandervelde, einen Aufruf an Piłsudski richtet und ihn vor diktatorischen Methoden warnt.

Schreckenstaten einer bulgarischen Räuberbande.

Seit einiger Zeit hält eine fünfköpfige Räuber- und Mörderbande, die unter Führung des berüchtigten Dotscho Uzunoff steht, die bulgarische Landbevölkerung in Schrecken. Zuerst machten die Räuber durch die Ermordung eines ganzen Gerichtskollegiums von sich reden. Kürzlich hielten sie sogar einen Zug an und raubten in aller Ruhe alle 120 Passagiere aus. — Unsere Aufnahme ist das einzige Bild, das der bulgarischen Polizei von der Räuberbande bekannt wurde. — Der zweite von rechts ist der Räuberhauptmann Dotscho Uzunoff.

Hindenburg bittet:

Helft den deutschen Kolonisten in Rußland!

Amtlich wird mitgeteilt:

Zur Linderung der Not der bei Moskau versammelten deutschen Kolonisten hat der Herr Reichspräsident den vom deutschen Roten Kreuz und den übrigen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege eingeleiteten Sammlungen aus seinem Dispositionsfonds einen Betrag von 200 000 Mark zur Verfügung gestellt. Der Herr Reichspräsident richtet an alle Deutschen im In- und Auslande die herzliche Bitte, daß jeder nach seinen Kräften dazu beitrage, den deutschen Stammesgenossen zu helfen. Der Herr Reichspräsident hält es für eine Ehrenpflicht aller amtlichen deutschen Stellen sowie aller öffentlichen und privaten Organisationen, dieses Hilfswerk zu unterstützen. Die Reichsregierung wird ihrerseits der Hilfsaktion des Roten Kreuzes und der übrigen charitativen Verbände jede nur mögliche Förderung angedeihen lassen. Auch die der Reichsregierung nahestehenden Parteien sowie die Deutschnationale Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben sich bereit erklärt, das Hilfswerk des Roten Kreuzes in jeder Weise zu unterstützen.

Deutschnationale Debatte um § 4.

Hugenberg gibt die Abstimmung frei.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt Montag nachmittag und abends eine Sitzung ab, in der sie sich mit der politischen Lage beschäftigte. Die Beratungen dauerten fast acht Stunden. Zunächst erstattete der Parteiführer, Geheimrat Hugenberg, einen sehr umfangreichen Bericht über Volksbegehren und Volksentscheid sowie über den bevorstehenden Kasseler Parteitag, zu dessen Vorbereitung er die Fraktionssitzung einberufen hatte.

Im Verlaufe der ausgedehnten Aussprache kam es zu den Auseinandersetzungen über die Stellungnahme der Fraktion zum Volksbegehrengesetz im Reichstag. Diese Auseinandersetzungen gestalteten sich zeitweise sehr lebhaft. Weiterungen wurden durch das vermittelnde Eingreifen des Fraktionsführers Grafen Westarp und anderer namhafter Abgeordneter vermieden.

Am Schluß der Sitzung erklärte der Parteivorsitzende Hugenberg ohne Abstimmung sein Einverständnis damit, daß die Fraktion die Abstimmung über den § 4 freigibt.

Die deutschnationale Fraktion hat ferner in Aussicht genommen, eine umfangreiche Interpellation über die Verträge mit Polen einzubringen.

*

Der Reichstag wird nach den Beschlüssen des Aeltestenrates, der am Montagabend zusammentrat, am 27. November zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen beraten. Am 28. November soll das Hugenbergsche „Freiheitsgesetz“ erledigt werden. Nach den Absichten der Regierungsparteien wird die Vorlage ohne Ausschußberatung in allen drei Lesungen kurzweg abgelehnt werden.

Deutschnationales Dementi.

Zu dieser obigen Meldung teilt die „Deutschnationale Pressestelle“ folgendes mit:

Eine Anzahl Berliner Zeitungen, die gewohnheitsgemäß ihre Verbindung zu deutschnationalen Kreisen zu Indiskretionen zu mißbrauchen pflegen, hat auch über die gestrige Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion berichtet. Sie schreiben, daß Dr. Hugenberg sein Einverständnis dazu gegeben habe, daß die Fraktion die Abstimmung über den § 4 freigebe und daß er sich bereit erklärt habe, das Freiheitsgesetz persönlich im Reichstage zu vertreten. Diese Meldungen sind falsch. Dr. Hugenberg hat schon deshalb kein Einverständnis zur Freigabe der Abstimmung geben können, weil die Fraktion selbst zu dieser Frage gar keine Stellung genommen hat. Auch daß Dr. Hugenberg sich bereit erklärt habe, das Gesetz persönlich im Reichstage zu vertreten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Frage ist überhaupt nicht berührt worden. Bei der Einstellung, die Dr. Hugenberg der Nützlichkeit des heutigen Parlamentarismus gegenüber hat, ist auch nicht anzunehmen, daß er diesmal aus seiner Zurückhaltung heraustritt. Die Vertrauenswürdigkeit der sonst noch von den Zeitungen gebrachten Kombinationen erhellt aus den aufgeführten Beispielen.

*

Die „Berliner Börsenzeitung“, die bekanntlich die nationale Politik vertritt und der Deutschnationalen Partei innerlich nahe steht, wendet sich gegen dies Dementi und bleibt darauf bestehen, daß die oben angegebene Meldung, die auch von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verbreitet wird, zu Recht besteht.

Schwerste Gefahren für Volk und Vaterland.

Der Ruf zum Bußtag.

Zum deutschen Landes-Buß- und Bettag wendet sich der Evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche in Berlin mit einer Kundgebung an die Gemeinden, in der es heißt:

„Mehr denn sonst gehören unsere Gedanken und Gebete unserem Volk und Vaterland. Riesengroß ist die wirtschaftliche Not. Sie gefährdet die Redlichkeit, erschüttert das gegenseitige Vertrauen, führt zu rücksichtslosem Kampf aller gegen alle. Daneben breiten sich Leichtsinn, Pflichtvergessenheit, innere Unsauberkeit im öffentlichen Leben und privaten Leben immer dreister aus. In diese Zeit fallen schicksalsschwere Kämpfe um die Wege deutscher Zukunft; sie steigern den Parteihader und -haß ins Ungemessene.

Angesichts schwerster Gefahr für Volk und Vaterland erhebt die evangelische Kirche mit allem Nachdruck heute ihre Stimme. Für sie heißt Buße tun: seinen Sinn ändern. Sie bittet inständigst jeden, den es angeht: Bewahre den Nächsten soweit nur möglich vor wirtschaftlicher Not. Jeder sei bescheiden in seiner Lebenshaltung, sei hilfsbereit und opferwillig. Die Kirche verpflichtet jeden, daß er das Heiligtum der Familie sichern hilft, Zucht und Sitte wahrt und nicht Anschauungen Raum gibt, die der deutschen Frau ihre Würde rauben und die Seele der deutschen Jugend vernichten.

Die Kirche ruft ihre Glieder auf zur verantwortungsbewußten Beteiligung am gesamten öffentlichen Leben, um christliche Grundsätze in unserem Volk zur Geltung zu bringen. Sie verlangt für jede zulässige politische Betätigung volle Freiheit der Entscheidung aus dem an Gott gebundenen Gewissen. Sie fordert für politische Auseinandersetzungen unbestechlichen Wahrheitssinn, Achtung vor der persönlichen Ehre des Gegners und Wahrung des hohen Gutes der Volksverbundenheit.“

„Er“ ist auch wieder da...

Herr Kierski sucht neue Blamagegelegenheit. — „Er“ kocht wieder seinen „Rechts“brei

Herr K. Kierski beschäftigt sich in längeren Ausführungen im „Kurjer Poznański“ mit dem Recht des Abkaufs von Rentengütern. Er sagt in diesem Artikel u. a.: „Das Abkaufsrecht, auf das die polnische Regierung verzichtet hat, betrifft deutsche Ansiedler, die die polnische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Ansiedler nämlich, die deutsche Bürger waren, sind auf Grund der Art. 92 und 297 des Versailler Vertrages liquidiert worden. Ich will zu umschreiben versuchen, wieviel Ansiedler der ersten Kategorie angehören. Im Laufe ihrer 32jährigen Tätigkeit hat die Ansiedlungskommission von 1886 bis 1918 insgesamt 21 784 Rentengüter geschaffen. Zu polnischer Zeit sind Deutsche aus 3800 Annullationsansiedlungen entfernt worden, es wurden etwa 3750 Ansiedler liquidiert, etwa 2000 Ansiedlungen von deutschen Besitzern aus freier Hand gekauft und endlich das Abkaufsrecht angewandt in ungefähr 300 Fällen, so daß zusammen etwa 9850 Ansiedlungen in polnische Hände übergegangen sind. Es bleiben also etwa 12 000 Ansiedlungen (In Wirklichkeit sind es jedoch höchstens 9000! Red. „Pos. Tagebl.“) in deutschem Besitz, was der vom „Kurjer Pozn.“ nach der deutschen Presse angegebenen Ziffer entspricht. Auf diesen 12 000 Ansiedlungen sitzen ebenso viele deutsche Familien. Wenn man 4 bis 5 Personen auf je eine Familie rechnet, dann macht das 54 000 Personen. Fügt man die deutschen Dienstleute hinzu, dann erhält man insgesamt mindestens 70 000, was über 20 Prozent aller Deutschen ausmacht, die noch in den beiden westlichen Wojewodschaften verblieben sind. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß diese deutschen Ansiedler, wie übrigens alle Deutschen, die in Polen wohnen, für den polnischen Staat ein sehr gefährliches Element darstellen, denn:

1. sie sind Fremdlinge (Herr Kierski ist hier auch nicht heimatberechtigt, denn er stammt aus einem anderen Teilgebiet! Red. „Pos. Tagebl.“), die von der preußischen Ansiedlungskommission ausschließlich zu politischen, zu Germanisationszwecken herangeholt wurden und gegenüber den Polen und dem polnischen Staate feindlich (Das ist Blödsinn! Red.) gesinnt sind;

2. da sie durch engste Bande mit ihrem eigentlichen Vaterland, dem Deutschen Reiche, verbunden sind, bilden sie in den polnischen Ländern eine Expositur fremder, uns feindlicher Politik, bilden einen Staat im Staate, wecken Nationalitätengegensätze und hindern unsere innere Konsolidierung (Und was sind dann die Polen in Deutschland? Red.);

3. schon durch ihre Anwesenheit in Polen nähren sie unter ihren Volksgenossen auf der anderen Seite der Grenze Vergeltungstendenzen und liefern ihnen einen Vorwand zu Grenzrevisionsforderungen;

4. für den Fall eines Waffenkonflikts würden die deutschen Ansiedler — angesichts der in Deutschland trotz aller pazifistischen Deklamationen herrschenden Stimmung — für unsere



Dorpmüller in Paris.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, ist zum Studium der französischen Eisenbahnverhältnisse in Paris eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von Vertretern der französischen Regierung und Eisenbahn empfingen. — Das Bild zeigt Dr. Dorpmüller (rechts) bei der Ankunft in Paris.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 20. November.

Ein Himmel ohne Sonn',
Ein Garten ohne Bronn',
Ein Baum ohne Frucht,
Ein Kind ohne Zucht,
Ein Süpplein ohne Brocken,
Ein Turm ohne Glocken,
Ein Soldat ohne Wehr:
Sind alle nicht weit her.

Volksspruch.

Antennenanlage und Hausbesitzer.

Zwischen einem Mieter und einem Hausbesitzer war ein grundsätzlicher Streit ausgebrochen. Der Mieter wollte auf dem Dach des Hauses auf eigene Kosten eine Antenne anlegen. Der Hauswirt widersetzte sich jedoch, so daß sich der Mieter veranlaßt sah, das Gericht anzurufen. Im Burggericht gewann den Prozeß der Hausbesitzer, doch das Bezirksgericht stellte sich auf die Seite des Mieters. Schließlich ging die Sache an das Oberste Gericht, das entschied, daß der Mieter grundsätzlich das Recht zur Anlage der Antenne hat, da dies nach den Bedingungen und Bedürfnissen der heutigen Zeiten in das Gebiet der normalen Art der Benutzung von Wohnungen gehört. Doch nicht immer ist die Anlage von Antennen ohne das Einvernehmen des Hausbesitzers zulässig. Die Gerichte müßten, nach Ansicht der Kassationsinstanz, in jedem einzelnen Falle prüfen, ob nicht Umstände vorliegen, die die Anlage der Antenne infolge der Eigenart des Hauses oder eines anderen Hindernisses ausschließen, ob der Widerspruch des Hausbesitzers eine Grundlage dafür hat, daß sich der Mieter der Anwendung der in der Praxis angenommenen technischen Anforderungen entzieht, oder ob die Ablehnung unbegründet ist und nicht einen Mißbrauch des Rechts darstellt. Da das Bezirksgericht diese Umstände nicht geprüft und den allgemeinen Grundsatz angenommen hatte, daß der Hausbesitzer stets mit der Anlage der Antenne einverstanden sein muß, ordnete das Oberste Gericht eine abermalige Verhandlung in diesem Prozeß vor dem Bezirksgericht an.

Ein Vergleich zwischen Einbrecher und Bestohlenem

Eine wenigstens im zweiten Teil ungewöhnliche Geschichte hat sich in Lemberg zugetragen. Der erste Teil ist alltäglich — nämlich ein Einbruch. Bei der Firma Feivel wurden zwei Geldschränke aufgebrochen und Wechsel im Werte von 140 000 Zloty geraubt. Die Einbrecher hatten auch den dritten Geldschrank aufzutrennen begonnen, scheinen aber bei der Arbeit gestört worden zu sein.

Der Geschädigte hatte im Einvernehmen mit der Versicherungsgesellschaft für die Wiedererlangung der Wechsel eine Prämie von 1000 Zloty in den Tageszeitungen angeboten. Am selben Tage, als die betreffende Notiz in der Zeitung erschienen war, wurde Herr Feivel von einer unbekannten Person telephonisch angerufen, die ihm mitteilte, daß sie der Dieb der gestohlenen Wechsel sei und bereit sei, diese gegen eine Entschädigung von 180 Dollar zurückzugeben. Darauf erklärte Herr Feivel, daß ihm die Forderung zu hoch sei und er daher auf das Angebot nicht reflektieren könne. Er ersuchte den Sprecher, ihn in den nächsten Tagen telephonisch anrufen zu wollen, worauf er ihm die Summe bekanntgeben werde, die er geneigt sei, für die Ausfolgung der Wechsel zu bezahlen. Am darauffolgenden Tage wurde Herr Feivel abermals von der gleichen Person angerufen, und es kam ein Vergleich zustande, nach welchem der Verbrecher sich bereit erklärte, gegen die Bezahlung von 130 Dollar sämtliche Wechsel auszufolgen. Der Täter vereinbarte auch mit Herrn Feivel am gleichen Tage ein Zusammentreffen, und zwar um 9 Uhr abends gegenüber dem Polizeigebäude der Stadt Lemberg. Der Einbrecher machte Herrn Feivel darauf aufmerksam, daß er ein Eingreifen der Polizei nicht fürchte, was ja auch der vereinbarte Platz beweise, und daß im Falle Herr Feivel die Polizei von dem Zusammentreffen benachrichtigen sollte, er bestimmt die Wechsel nicht erhalte und außerdem noch sein Leben aufs Spiel setze.

Zur festgesetzten Stunde erschien Herr Feivel am vereinbarten Orte und konnte feststellen, daß er von verschiedenen Personen beobachtet wurde, da in kurzen Zeitabschnitten mehrere Leute an ihn herantraten, ihn teils um Angabe der Zeit und teils um Feuer ersuchten, bis schließlich ein junger Mann erschien und ihn fragte, ob er das Geld auch bei sich habe. Als Herr Feivel dies bejahte, entfernte sich die Person, und es erschien ein elegant gekleideter junger Mann, der nun Herrn Feivel gegen Ausfolgung der Wechsel, die er im verschlossenen Paket in der Hand hielt, um den vereinbarten Preis von 130 Dollar ersuchte.

Herr Feivel erklärte nun, daß er sich zuerst überzeugen müsse, ob es auch tatsächlich alle geraubten Wechsel seien. Sie begaben sich zu einer Straßenlaterne; dort überprüfte Herr Feivel die Wechsel und folgte dem jungen Manne die 130 Dollar aus. Der Einbrecher dankte nach Empfang des Geldes und erklärte auch, daß er und seine Bande Herrn Feivel von weiteren Diebstählen verschonen werden, worauf er verschwand.

× **Neues Hartgeld.** Die polnische Staatsmünze hat den Auftrag erhalten, im Laufe des nächsten Jahres eine erhebliche Anzahl von Bronze-, Nickel- und Silbermünzen zu prägen. Es ist hierbei vorgesehen die Prägung von fünfzehn Millionen Eingroschen-, fünfzehn Millionen Zweigroschen-, zehn Millionen Einzlotynickel- und fünf Millionen Fünfzlotysilberstücken. Da sich im allgemeinen wenig Kleingeld im Umlauf befindet, wird diese Maßnahme sehr begrüßt.

× **Todesfall.** Gestorben ist nach nur dreitägiger Krankheit im Alter von 49 Jahren der Ingenieur Prof. Olech Stelmachowski, Chefdirektor der Aktiengesellschaft für Ingenieurarbeiten „Tri".

× **Der Posener Eisenbahnpräsident,** Ingenieur Stanisław Ruciński, ist von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt und hat gestern seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

× **Katholisch-kirchliche Personalnachricht.** Der Propst Konstantyn Pieprzycki in Radlin ist zum Dekan des Dekanats Neutomischel ernannt worden.

× **Zu dem Streik an der Staatlichen Maschinenbauschule in Posen** schreibt der „Ilustr. Kurjer Codzienny": „Der durch nichts begründete Streik der Schüler an der Staatlichen Maschinenbauschule hat eine allgemeine Verurteilung der Urheber solcher Aktionen gezeitigt. Die Schulbehörden haben zwar etwas spät, aber doch mit Entschiedenheit beschlossen, einer so ungesunden Erscheinung in der Schule ein Ende zu bereiten und mit entsprechenden Maßnahmen die allzu hitzigen Jünglinge darüber zu belehren, daß ein Streik überhaupt nicht die Waffe von Schülern sein kann, besonders nicht von Schülern mittlerer Schulen. Wenn ferner berücksichtigt wird, daß der Streik aus ganz unwesentlicher Ursache entstanden ist und daß die Streikführer durch verschiedene Kommunikate, die gegen ihren Direktor gerichtet waren und der Presse zugeschickt wurden, wie auch durch den Versuch einer mißglückten Demonstration gegen die Polizei in der Zeit des Feiertages am 11. November sich in den Augen der Gesellschaft selbst verurteilt haben, so müssen die letzten strengen Maßnahmen der Schulbehörden als vollauf berechtigt anerkannt werden. Wir verteidigen bei jeder Gelegenheit die Rechte der Jugend, aber Ausschreitungen müssen sofort radikal unterdrückt werden."

× **Darf die Annahme von Banknoten verweigert werden?** Die Warschauer Post- und Telegraphendirektion hat auf Verlangen der Bank Polski die nachgeordneten Aemter und Agenturen angewiesen, Banknoten, die mit Privatstempeln, Bleistiftnotizen, Unterschriften, Zahlen usw. versehen sind, ferner angerissen oder angebrannt sind, nicht anzunehmen und gegebenenfalls den Auflieferer der nächsten Filiale der Bank Polski zu melden. Hieraus ergibt sich für das Publikum die Notwendigkeit, beim Empfang derartig beschädigter Zahlungsmittel recht vorsichtig zu sein und lieber die Annahme zu verweigern als sich unangenehmen Weiterungen auszusetzen. Wer eine der oben beschriebenen Banknoten annimmt, läuft Gefahr, die Note nicht mehr los zu werden, und trägt dann selbst den vollen Schaden.

× **Durch Schwindler geschädigt.** Ein Kazimierz Zborowski aus Rawitsch hat der Polizei gemeldet, daß er von unbekannten Personen beim angeblichen Wechseln von Dollarnoten in einem Toreingang der ul. Fredry auf hinterlistige Weise um 320 Zloty geschädigt worden sei.

× **Grober Unfug.** Dem zweiten Polizeikommissariat zugeführt wurden die Studenten Kazimierz Malecki, ul. Wyspiańskiego 21 (fr. Hardenbergstr.), und Tadeusz Lisiecki, ul. Matejki 45 (fr. Neue Gartenstr.), die in Begleitung anderer Studenten, als sie durch die ul. Matejki gingen, etwa 30 Straßenlaternen auslöschten.

× **Eigentümer gesucht.** Im 5. Polizeikommissariat in der ul. Czartorji (fr. Dammstr.) befindet sich ein weißer Sack, der etwa 50 Pfd. Puderzucker enthält und von einem Diebstahl herrührt.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus der Färberei der Firma Sieburg, Górna Wilda 43 (fr. Kronprinzenstr.), verschiedene Kleidungsstücke usw. im Gesamtwerte von 2600 Zloty; einem Jozef Kluj, ul. Jeżycka 14 (fr. Jersitzerstr.), ein Paket, das an einem Fahrrad befestigt war; in dem Paket befanden sich zwei Pelze im Werte von 1900 Zloty.

× **Vom Wetter.** Heut, Mittwoch, früh waren bei klarem Himmel 2 Grad Wärme.

× **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Donnerstag, 21. 11., 7,34 Uhr und 15,58 Uhr.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Mittwoch, früh + 0,30 Meter, wie gestern früh.**

× **Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen** wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

× **Nachtdienst der Apotheken vom 16.—23. November.** Altstadt: Apteka Czerwona, Stary Rynek 37, Apteka Zielona, ul. Wrocławska 31, Apteka 27. Grudnia, ul. 27 Grudnia 18; St. Lazarus: Apteka Łazarska, ul. Małeckiego 26; Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22; Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61.

× **Rundfunkprogramm für Donnerstag, den 21. November:** 7.15 bis 7.30: Morgengymnastik. 13 bis 13.05: Zeitzeichen, Fanfarenblasen vom Rathausturm. 12.30 bis 14: Jugendkonzert. 14 bis 14.15: Notierungen der Effektenbörse. 14.15 bis 14.30: Landwirtschaftliche Mitteilungen der „Pat", Bericht über den Schiffsverkehr usw. 16.35 bis 16.50: Plauderei über Kurzwellenkorrespondenz. 16.50 bis 17.10: Französisch (Elementar). 17.10 bis 17.30: Rezitationen. 17.30 bis 17.45: Eine Viertelstunde Wirtschaftsfragen. 17.45 bis 18.45: Schallplattenkonzert. 18.45 bis 19.05: Beiprogramm. 19.05 bis 19.20: Soldatenstunde. 19.20 bis 19.40: Landwirtschaftlicher Vortrag „Was für Stickstoffdünger sollen wir verwenden?" 19.40 bis 20: Radiobriefkasten. 20 bis 22: Konzert Jan Kiepura (Uebertragung aus Frankfurt a. M.), in den Pausen Programme der Posener Theater und Kinos. 22 bis 22.15: Zeitzeichen, Mitteilungen der „Pat", Sportbericht. 22.15 bis 23.45: Konzert.

× **Programm des Deutschlandsenders für Donnerstag, 21. November, Königswusterhausen:** 9: Vortrag „Warum wird in Berlin zu viel gebuddelt?" 9.30: Vortrag „Ich fliege im Sportflugzeug zur Adria". 10: Vortrag „Pfiu-Sinne und anderer Aberglaube". 10.35: Mitteilungen des Verbandes der preußischen Landgemeinden. 12: Deutsche Grammophon-A.-G. 14: Schallplattenkonzert. 14.15: Kinderstunde. 15: Vortrag „Arbeitsgemeinschaften für Lehrerfortbildung". 15.45: Frauenstunde. 16: Vortrag „Die pädagogische Ausbildung der Studienreferendare". 16.30: Nachmittagskonzert von Berlin. 17.30: Dichterstunde. 18: Vortrag „Elsaß-Lothringen im Reich". 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55: Vortrag „Die Mischfutterfrage im Urteil der Wissenschaft, Industrie und landwirtschaftlichen Praxis". 19.15: Rechtsfragen des Tages. 19.35: Vortrag „Wünsche des Käufers an den Einzelhandel". 20: Von Frankfurt: Jan Kiepura singt. 21: Programm der Aktuellen Abteilung. 21.35: Lieder. 22.30: Funk-Tanzunterricht, anschließend bis 0.30: Tanzmusik.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Bentschen,** 19. November. Dem Bahnmeister M. Rzepa von hier, der bereits vierzig Jahre im Eisenbahndienst tätig ist, wurde aus diesem Anlaß ein Auszeichnungsdiplom vom Verkehrsministerium verliehen. Zu bemerken ist, daß der Ausgezeichnete seine ganze Dienstlaufbahn auf der Station Bentschen zugebracht hat. — Eines plötzlichen Todes starb die Ehefrau des Invalidenrentenempfängers Mokroński von hier, Posenerstraße. Die Frau, die herzleidend war, ereilte der Tod beim Aufräumen ihrer Wohnstube. Die Verstorbene erreichte ein Alter von 68 Jahren. — Auf dem benachbarten Gute Belencin, Besitzer Herr v. Wenzel, fand in den letzten Tagen eine Jagd auf Fasanen, die dort seit Jahren gehegt und in größeren Gruppen gepflegt werden, statt. Es wurden im ganzen etwas über 300 Fasanen erlegt. Der Preis für einen Fasanenhahn beträgt 5,50—6 Zloty, für eine Henne etwa 1 Zloty weniger. Die ganze Jagdbeute kaufte eine Wildbrethandlung aus Lissa.

* **Birnbaum,** 18. November. In Stoki brannte die gefüllte Scheune des Leon Molik im Werte von 26 000 Zloty nieder. Der Brandstiftung verdächtigt werden, dem „Dziennik" zufolge, Józef Jasiński und sein 18jähriger Sohn Józef.

* **Bromberg,** 18. November. Am Sonnabend ereignete sich gegen ½7 Uhr abends auf der Croner Chaussee, in der Nähe von Jägerhof, ein schwerer Unglücksfall. Der aus Oplawitz kommende Zug der Kleinbahn fuhr auf den Wagen des Restaurateurs Josef Zieliński aus Wtelno auf, wobei ein Pferd getötet wurde. Das zweite Pferd riß sich los und wurde erst nach Stunden eingefangen. Der Unfall wurde durch den Kutscher selbst verursacht, der in betrunkenem Zustande die Gleise noch kurz vor dem Zuge mit dem Wagen passieren wollte. Der Kutscher kam mit dem Schrecken davon.

* **Czarnikau,** 19. November. Dieser Tage wurden in Dratzig im Kreise Czarnikau unter Leitung des Konservators Dr. Zygmunt Zakrzewski, Professor an der Universität in Posen, Grabmäler aus der Zeit von ungefähr 600 Jahren vor Christi Geburt gefunden. Außerdem wurde ein Skelett ausgegraben, das, wie vermutet wird, aus der Zeit 800 Jahre vor Christo stammt.

* **Gnesen,** 18. November. Der Autobus der Firma „Auto" überfuhr am Dienstag auf der Chaussee Labischin—Obieżno, Kreis Schubin, das Fuhrwerk des Landwirts Michał Brzysk aus Dębno Nowe infolge unvorschriftsmäßigen Ausweichens. Der Wagen des B. wurde zertrümmert und die Passagiere verletzt. Frau Brzysk liegt im Krankenhaus, und die Witwe Lubiszewska ist am Freitag gestorben. Die Schuld trifft allein den Chauffeur des Autobusses.

* **Inowrocław,** 19. November. Wie erinnerlich, wurde vor einigen Wochen in das Schloß des Barons v. Wilamowitz-Moellendorff in Kobelnik, sowie bald darauf bei Herrn Jaczyński in Marcinkowo, Kreis Mogilno, eingebrochen. Im ersteren Falle wurde einer der Diebe durch den Diener Mikolajczak angeschossen, er konnte aber mit seinen Komplizen flüchten. Der Polizei gelang es jedoch, das Versteck der Diebe mit Hilfe der Blutspuren, die der angeschossene Dieb hinterließ, ausfindig zu machen und zuerst einen gewissen Józef Jędrysiak aus dem Kreise Czenstochau zu verhaften. Es handelt sich um einen Berufseinbrecher, der aus dem Gefängnis in Kosten mit einem Wawrzyn Konieczny und einer Farja Różek ausgebrochen war, die bald darauf in Konitz und anderen Orten Pommerellens Einbrüche verübten. Zu ihnen gesellte sich der Hehler Ignacy Człapski aus Grodzisk bei Warschau, der in der Gnesener Gegend „arbeitete", sowie die 66jährige Diebin Susanna. Die Bande verübte dann u. a. auch einen Einbruchsdiebstahl beim Grafen Mycielski in Wreschen. Die ganze Bande wurde nunmehr hinter Schloß und Riegel gebracht und sieht nun einer gerechten Bestrafung entgegen.

* **Kolmar,** 19. November. In Smikowo vernichtete Feuer die gefüllte Scheune, landwirtschaftliche Maschinen usw. des Wirts Franciszek Koplin im Werte von 20 000 Złoty.

* **Lissa i. P.,** 19. November. Am Sonnabend wurde in den Klosettanlagen des Bahnhofs Krzycko-Wielkie, Kreis Lissa, die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden, die teilweise schon in Verwesung übergegangen war. Es besteht der Verdacht, daß das Kind nicht an Ort und Stelle geboren wurde, sondern erst die Leiche dorthin geschafft worden war. Die entartete Mutter ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

* **Wreschen,** 19. November. Der elfjährige Jan Budziński aus Pokazynko fiel vom Wagen, dessen Räder ihm über den Kopf gingen und ihn auf der Stelle töteten.

Oberschlesischer Kohlenrekord Oktober 1929.

Verkehrsschwierigkeiten grössten Ausmasses stehen bevor.

Von Dr. Meister.

Im Oktober wurde in den Kohlengruben Polnisch-Oberschlesiens die höchste bisher verzeichnete durchschnittliche Tagesförderung erreicht. Es wurden im Tagesdurchschnitt 120 470 t gefördert, gegen 107 010 t im Durchschnitt des Jahres 1913. Der Vorkriegsstand der Förderung wurde um 12,5 Prozent übertroffen. Und es handelt sich hier nicht um einen Monat, in dem irgend eine Ausnahmekonjunktur vorgelegen hätte. Vielmehr wird schon seit November 1928 regelmässig der Tagesdurchschnitt von 1913 überboten und seit Juni 1929 steigt er von Monat zu Monat, im Gegensatz zu früheren Jahren, die im Sommer einen Förderungsrückgang verzeichnen.

Der Absatz hat zwar nicht ganz mit der Förderung Schritt gehalten, denn die Bestände sind von 575 000 auf 645 000 t, also um 70 000 t gestiegen. Die Vermehrung der Kohlenvorräte geschieht im Hinblick auf den erwarteten deutsch-polnischen Handelsvertrag, der nach bisher unwidersprochenen Meldungen ein Einfuhr-Kontingent von 350 000 t monatlich für die polnischen Gruben bringen soll. Diese Mehrförderung wird ein ernstes Problem für die polnische Kohlenindustrie bringen, denn die Gruben sind fast durchweg schon bis zum Rande ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Eine Erhöhung der Kapazität ist auch deshalb schwierig, weil die Gruben mit den erforderlichen Vorrichtungsarbeiten, die die künftigen Abbaumöglichkeiten in den Kohlenflözen vorbereiten, in den letzten Jahren infolge Kapitalmangels erheblich in Rückstand gekommen sind. Auch die notwendig werdende Mehreinstellung von Häuern ist nicht leicht zu bewerkstelligen, da es eine Arbeitslosigkeit von gelernten Bergarbeitern jetzt kaum mehr gibt.

Ein anderes Problem bietet der Mehrtransport, den die Wiedereröffnung der deutschen Grenze für die polnische Eisenbahn bringen wird. Schon heute hapert es sehr mit der Wagengestellung. Der Prozentsatz der fehlenden Kohlenwaggons betrug im Oktober 13,1 Prozent gegen 9,2 Prozent vom Vormonat. Zwar ist die deutsche Grenze in Polnisch-Oberschlesien sehr nahe. Aber schon mit Rücksicht auf das vorgelagerte deutsch-oberschlesische Kohlenrevier, dass natürlich seine Absatzmärkte in Ober- und Nieder-Schlesien unbedingt behaupten wird, und aus frachttarifarischen Gründen wird der grösste Teil der polnischen Kohle eine längere Strecke auf polnischen Eisenbahnlinien zurücklegen, ehe er die deutsche Grenze überschreitet. Vor allem ist an die Belieferung Ostpreussens (über Grajewo), Pommerns, der Provinz Grenzmark und des östlichen Brandenburgs (über Dratzigmühle) zu denken. Für diese Exportwege hat Polen bereits im neuen Frachttarif die ermässigten Ausnahmesätze geschaffen. Nicht nur die Beschaffung der Waggons, deren Menge durch Entleihung vergrössert werden kann, sondern auch die Verteilung, Abfertigung und ungehemmte Durchleitung der Kohlenzüge werden infolge der hinzukommenden Transporte nach Deutschland neue, erhöhte Anforderungen an die polnische Eisenbahn, namentlich an die Direktionen Kattowitz, Posen und Warschau stellen. Da bis vor kurzem der Handelsvertrag mit Deutschland noch in weiter Ferne zu liegen schien, so sind auch irgend welche Vorkehrungen oder Neuanlagen zur Auffangung des Transportstosses der Kohlenzüge bisher nicht getroffen worden, so dass nach dem Einsetzen der Kohlenausfuhr nach Deutschland, besonders, wenn es in diesem Winter erfolgt, ernste Störungen des Güterverkehrs in Polen zu erwarten sind. Die Durchlassfähigkeit der Linie nist bereits heute bis zur äussersten Grenze ausgenutzt, so dass eine weitere Vermehrung der Zahl der Züge, namentlich auf den eigentlichen Kohlenlinien, unmöglich erscheint.

Am schlimmsten dürfte es damit in der Direktion Kattowitz stehen, deren Verschiebebahnhöfe durchaus nicht ausreichen, um die neuen, zu erwartenden Anforderungen bewältigen zu können. Die Kohlenindustrie hat mehrfach einen Ausbau der Verschiebebahnhöfe angeregt, die Eisenbahnbehörden haben auch grundsätzlich die Notwendigkeit ihrer Erweiterung anerkannt, aber der Mangel an finanziellen Mitteln bei der Eisenbahn machte die Verwirklichung der meisten Wünsche unmöglich.

Der Plan einer grossen Verteilungsstation in Janow bei Kattowitz ist nicht neu, er war schon vor einiger Zeit als die geeignetste Lösung der Kohlentransportfrage befunden worden, doch fehlten bisher stets die Kredite. Erst jetzt hat das Verkehrsministerium den Beschluss zu diesem Bau gefasst, da eine weitere Vertagung unmöglich ist. Auf dem neuen Verschiebebahnhof in Janow, dessen Bau infolge der erforderlichen Erdarbeiten und Legung von neuen Geleisen längere Zeit in Anspruch nehmen wird, sollen die Kohlentransporte des Zentralreviers geordnet und zu Zügen mit einheitlichem Ziel zusammengestellt werden. Wegen der längeren Bauzeit derartiger grosser Gleisanlagen und der dazugehörigen Einrichtungen (Stellwerke, Lokomotivenschuppen usw.) dürfte aber im kommenden Winter der geplante neue Verschiebebahnhof noch nicht zur Linderung der bevorstehenden grossen Verkehrsschwierigkeiten beitragen.

Der Gesamtkohlenabsatz stieg im Oktober auf 2 918 134 t, gegen 2 678 617 t im Vormonat und 2 612 512 t im Oktober 1928. Davon wurden mit der Hauptbahn befördert 2 349 079 t gegen 2 171 131 t im Vormonat und 2 106 455 t im Oktober 1928. Die Anforderungen des Kohlentransportes an die Eisenbahn sind also im Oktober gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um ca. 240 000 t höher. Dafür betrug auch das Manko der Waggongestellung im vorjährigen Oktober nur 1,3 Prozent gegen 13,1 Prozent im Berichtsmonat, stellte sich also nur auf 1/10 des diesjährigen Mankos.

Von dem Gesamtabsatz gingen im Oktober 1929 1 695 491 t ins Inland (Vormonat: 1 643 223 t, Vorjahr: 1 521 291 t) und 1 222 643 t (Vormonat: 1 188 033 t, Vorjahr: 1 091 221 t) ins Ausland. Sowohl der Inlandsbedarf, wie der Export, bewegen sich also in aufsteigender Linie. Dabei hat im Inland der Bedarf an Hausbrandkohle viel stärker zugenommen, als der Industrieverbrauch. Für die Entwicklung der Ausfuhr sind für die Zukunft von Wichtigkeit die Ergebnisse einer Berliner Konferenz der polnischen Kohlenexporteure mit den skandinavischen Importeuren, in der ein einheitlicher Typ der Lieferungsverträge beim Kohlenexport nach den skandinavischen Ländern vereinbart wurde. Mit den Reedern werden Verhandlungen über die Normierung der Schiffsraum-Mietsverträge geführt.

⊙ **Barauszahlung der Getreideexportprämien.** Im Gegensatz zu dem deutschen System der Einfuhrscheine, die für Zollgebühren bei der Einfuhr von Getreide in Zahlung genommen werden, werden die polnischen Getreideexportprämien nach der im „Dziennik Ustaw“ (76/1929) veröffentlichten Verordnung bei Vorweisung der von den Zollämtern ausgestellten „Ausfuhrquittungen“ in bar ausgezahlt. Die Ausfuhrquittungen, die auf den Inhaber lauten, behalten ihre Gültigkeit während eines Monats vom Tage der Ausstellung ab gerechnet. Die Auszahlung der Prämien (4 zł für 100 kg bei Hafer und Gerste, 6 zł bei Roggen und Weizen, 9 zł bei Mehl, Gerstengrütze und Malz) erfolgt durch die Zollämter in Warschau und Posen. Die Verordnung tritt vom 16. November d. Js. bis zum 15. April 1930 in Kraft.

⊙ **Die geplante Importsteuer vor den Handelskammern.** Die beabsichtigte Einführung der Importsteuer in Form einer Ausgleichs-Umsatzsteuer hat zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern der Industrie einerseits und des Handels anderseits geführt. Von der Warschauer Industrie- und Handelskammer ist ein Kompromissvorschlag des Inhalts ausgearbeitet worden, dass die Ausgleichssteuer in der Praxis nur auf diejenigen Einfuhrwaren Anwendung finden soll, bei denen die Notwendigkeit eines derartigen Ausgleichs wirtschaftlich begründet erscheint. Der Vorschlag beruft sich in diesem Punkt auf das Vorbild der Tschechoslowakei und Frankreichs. Ferner wird von der Warschauer Handelskammer empfohlen, dass die Importsteuer für eine begrenzte Zeit, und zwar für 3 Jahre eingeführt werden soll. Gegenwärtig findet in Lodz eine Konferenz der polnischen Industrie- und Handelskammern statt, auf der die Warschauer Vorschläge zur Beratung kommen sollen.

⊙ **Die polnische Kohle auf dem skandinavischen Markt. — Gründung einer Verkaufsgesellschaft in Stockholm.** In Stockholm ist, wie die „Ajencja Wschodnia“ meldet, unter der Firma „Polska Stenkolsgruvornas Försälnings A/B“ eine Aktiengesellschaft gegründet worden, die sich den Verkauf polnischer Kohle zur Aufgabe stellt. 60 Prozent des Aktienkapitals befinden sich in der Hand der polnischen Firma „Polskarob“ in Kattowitz, die am 1. Juli d. Js. einen Vertrag mit der polnischen Regierung über die Benutzung des Gdingener Hafens abgeschlossen hat. Die „Polskarob“ besitzt gegenwärtig 3 Schiffe mit insgesamt 7400 to, ferner zwei Schlepper und drei Leichter, während zwei Schiffe mit insgesamt 6000 to sich im Bau befinden. Gegen Ende 1930 wird die polnische Gesellschaft ihren Schiffsbestand auf insgesamt 15 000 to gebracht haben. Im Jahre 1928 wurden von der „Polskarob“ 2,5 Mill. to Kohle zur Ausfuhr verladen. Die Gesellschaft unterhält ständige Vertretungen in den skandinavischen Ländern, Lettland, Frankreich und Italien.

⊙ **Beilegung des Konflikts zwischen der polnischen Regierung und der Century Timber Corp. Ltd.** Wie die „Ajencja Wschodnia“ mitteilt, ist der Konflikt zwischen der polnischen Regierung und der Inhaberin der früheren Holzkonzession in den Białowieża-Forsten, der englischen Century European Timber Corp. Ltd., der durch Zurückbehaltung der auf Grund des Liquidationsvertrages vom 14. Juli d. Js. fälligen Ablösungsrate von 115 000 Pfd. Sterl. entstanden war, nunmehr beigelegt worden. Die Century habe Forderungen des polnischen Fiskus in Höhe von 1,3 Mill. Złoty anerkannt, so dass polnischerseits von der erwähnten Rate nur noch 83 000 Pfd. Sterl. ausgezahlt wurden. Die noch bestehenden sonstigen Meinungsverschiedenheiten sollen bis Ende dieses Monats endgültig beigelegt und die letzte der Century zufallende Ablösungsrate im Betrage von 110 000 Pfd. Sterl. am 15. Dezember d. Js. ausgezahlt werden.

V **Novellisierung der polnischen Verordnung über die Eierstandardisierung.** Infolge vereinzelter, aber nachhaltiger Mängel, die sich aus den gegenwärtigen Vorschriften über die Eierstandardisierung in Polen ergeben haben, ist eine Novellisierung der betreffenden Bestimmungen in Aussicht genommen. Ueber die projektierte Abänderung der Standardisierungsbestimmungen berieten vor kurzem die Eierexporteure auf einer Sitzung in Krakau. Auf dieser Konferenz wurden auch Zoll- und Eisenbahntariffragen berührt. Es wurde beschlossen, sich mit einer Eingabe an die Regierung zu wenden, die Zollsätze im Verkehr mit den Nichtvertragsstaaten zwecks Hebung der Ausfuhr (Spanien und Portugal) zu normieren.

⊙ **Ausbau der Zorzellanfabrik in Ćmielow.** Von der Porzellan- und keramischen Fabrik in Ćmielow A.-G., die in letzter Zeit eine Reihe neuer Maschinen zur Herstellung von Präzisionserzeugnissen aus dem Auslande bezogen hat, wird zurzeit eine Versuchsstation in Chodzież gebaut. Von der Fabrikleitung werden die Werkabteilungen sowohl für technisches wie für Tafelporzellan ausgebaut. Es werden gegenwärtig Porzellanerzeugnisse für Installations- und Montagezwecke, Isolatoren für niedrige sowie Hochspannung, Linienisolatoren für 15 000 V. u. a. m. hergestellt. In letzter Zeit ist in der Abteilung Tafelporzellan die Produktion von Luxuserzeugnissen in Angriff genommen worden, die bisher in Polen nicht hergestellt wurden.

✚ **Günstige Halbjahrs-Bilanz der deutschen Sparkassen.** Die Betriebsmittel der deutschen Sparkassen sind nach der nunmehr bekanntwerdenden Gesamtbilanz im ersten Halbjahr 1929 um 1,1 auf 10,9 Milliarden RM. gestiegen. Das Tempo der Zunahme hat sich damit etwas gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres verlangsamt, denn die Zunahme war um 250 Millionen Mark geringer als im zweiten Halbjahr 1928 und um 300 Millionen RM. geringer als im ersten Halbjahr 1928. Dieser Rückgang wird jedoch in der Hauptsache durch die Verringerung der Einzahlungs-Ueberschüsse bei den Spareinlagen erklärt. Wichtig ist, dass 33,5 Prozent der Spareinlagen langfristig angelegt wurden. Die langfristigen Anlagen stiegen im ersten Halbjahr 1929 damit um 909,2 auf 6110,0 Millionen RM. 514,6 Millionen RM. oder 47,2 Prozent der neu zugeflossenen Spareinlagen wurden dem Bodenkreditgeschäft zugeführt. Insgesamt haben die Sparkassen dem Bodenkredit bis Ende Juni 1929 3,6 Milliarden Mark oder 44,9 Prozent der gesamten Spareinlagen zur Verfügung gestellt. Auf landwirtschaftliche Grundstücke entfallen davon 22 Prozent. Der Landwirtschaft wurden von den Sparkassen Mitte 1929 0,8 Milliarden RM. Hypothekenkredite zur Verfügung gestellt. Ausgedehnt hat sich auch das Wertpapiergeschäft. Hier betrugen die Neuanlagen 230,4 Mill. RM. Der Wertpapierbestand hat daher Ende Juni einen Bilanzwert von 1372,5 Mill. RM. gehabt. Im Kommunalkredit wurden mehr als 15 Prozent des Spareinlagenzuwachses, nämlich 164,2 Mill. RM. angelegt. Damit erhöhen sich die Kommunaldarlehen der Sparkassen auf 1104,3 Mill. RM. Allein im Mai und Juni des Jahres wurden 52,1 Prozent des Spareinlagenzuwachses dem Kommunalkredit zugeführt. Diese starke Kredithergabe der Sparkassen wurden durch die ungünstige Lage des Kapitalmarktes, die eine Anleihe-Aufnahme nur in beschränktem Umfange gestattete, herbeigeführt.

Märkte.

Warschau, 19. November Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg franko Warschau im Markthandel: Roggen 25—25.75, Weizen 39.50 bis 40, Grützgerste 25—25.50, Braugerste 27—29, Hafer 24.25—25, Raps 74—76, Weizenluxusmehl 72—75, Sorte 4/0 62—66, Roggenmehl nach amtlicher Vorschrift 39—40, Weizenkleie 21—22, mittlere Sorten 17.50—18, Roggenkleie 14.50—14.75, Leinkuchen 44 bis 45, Rapskuchen 33—34, Speiseerbsen 35—40. Stimmung ruhig.

Lemberg, 19. November. Das Angebot in Brotgetreide hat nachgelassen, Roggen und Roggenmehl sind im Preise gestiegen. Für Brotgetreide ist die Tendenz steigend, für den Rest behauptet. Marktpreise loko Lemberg: Einheitsroggen 26.50—27, Sammelroggen 25.50—26, Roggenmehl 70% 40—44, loko Podwołoczyska: Einheitsroggen 24—24.50, Sammelroggen 23—23.50.

Krakau, 19. November. Roter Weizen 42—43, weisser 41—42, Handelsweizen 40.50—41, Domänenroggen 27—27.50, Handelsroggen 26—26.50, Domänenhafer 23—24, Handelshafer 21.50—22, Braugerste 29 bis 30, Speisekartoffeln 5.50—6.50, Brennereikartoffeln 6, Krakauer Weizengriesmehl 76—77, II. 75—76, Krakauer Weizenmehl 45% 73—74, 65% 68—69, Weizenkongressmehl 0000 66—67, Krakauer Roggenmehl 43 bis 44. Posener 45. Tendenz fest.

Getreide. Posen, 20. November. Amtl. Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań

Richtpreise:

Weizen	38.75—40.75
Roggen	26.00—26.50
Mahlgerste	25.50—26.50
Braugerste	26.00—29.00
Hafer	2[illegible].00—24.00
Roggenmehl (70%) nach amtl. Typ	39.50
Weizenmehl (65%)	59.00—63.00
Weizenkleie	18.00—19.00
Roggenkleie	16.00—17.00
Rübsamen	70.00—74.00
Felderbsen	38.00—42.00
Viktoriaerbsen	45.00—55.00
Folgererbsen	42.00—47.00
Fabrikkartoffeln franko Fabrik Stärkeprozent.	19 Groschen je
Roggenstroh, lose	3.20—3.50
Roggenstroh gepresst	4.20—4.50
Heu, lose	8.00—9.00
Heu, gepresst	10.00—11.00

Gesamttendenz: beständig.

Speisekartoffeln ohne Geschäft, die auf den Markt kommende Gerste entspricht meistens nicht den Normen der Braugerste.

Rauhfutter. Berlin, 19. November. Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) 1.25—1.50, drahtgepresstes Weizenstroh (Quadratballen) 1.15 bis 1.35, drahtgepresstes Haferstroh (Quadratballen) 1.20 bis 1.40, drahtgepresstes Gerstenstroh (Quadratballen) 1.15—1.35, Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1.45—1.60, bindfadengepresstes Roggenstroh 1.30—1.40, Häcksel 2—2.20, handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 pCt. Besatz mit minderwertigen Gräsern 2.90—3.30, gutes Heu, desgl. nicht über 10 pCt. Besatz 3.40—4, Thymotee, lose 4.50—5, Kleeheu, lose 4.40—4.90, Mielitzheu, lose (Warthe) 2.60—3, (Havel) 2.50—2.80, bindfadengepresstes Weizenstroh 1.20—1.30, drahtgepresstes Heu 40 Pfennig über Notiz. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen frei Waggon, für 50 Kilogramm in Reichsmark.

Getreide- und Oelsaaten. Berlin, 19. November. Weizen ab märk. Station 230—231, Roggen 164—167, Braugerste 185—201, Futter- und Industriegerste 166 bis 177, Hafer 154—162, Mais 189—190, Weizenmehl p. 100 kg (feinste Marken über Notiz) 27.25—33, Roggenmehl p. 100 kg 23—26, Weizenkleie 10—11.50, Roggenkleie 8.75—9.50, Viktoriaerbsen 30—38, kleine Speiseerbsen 24—28, Futtererbsen 21—22, Peluschken 20.50—22, Ackerbohnen 19—21, Wicken 23—26, blaue Lupinen 13.50—14.50, gelbe Lupinen 16.50 bis 17.25, Rapskuchen 18.50—19, Leinkuchen 23.40—23.60, Trockenschnitzel 9—9.40, Soya-Extraktions-Schrot 18.30—18.60, Kartoffelflocken 14.70—15.20. — Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen per Dezember 245—244½ (Vortag: 248½), per März 263—262½ (267). Roggen per Dezember 182½—182¾ (189), per März 201—201¾ (208¼). Hafer per Dezember 169¾ (175), per März 186½ bis 186 (191).

Schlachtviehmarkt. Berlin, 19. November. Amtlicher Bericht. (Für 1 Zentner Lebendgewicht in Reichsmark.) Auftrieb: Rinder 1218, darunter Ochsen 285, Bullen 294, Kühe und Färsen 639, Kälber 2550, Schafe 3190, zum Schlachthof direkt 1110, Schweine 11 616, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2412, Auslandsschweine 3253. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schliessen Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. Marktverlauf: Bei Rindern ziemlich glatt, bei Kälbern glatt, bei Schafen langsam, bleibt Ueberstand, bei Schweinen ruhig. Schluss stark abflauend. I. Rinder: Ochsen: vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts, 1. jüngere 58 bis 60, sonstige vollfleischige, jüngere 54—57, fleischige 47—52, gering genährte 40—45. Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 56—58, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 53—54, fleischige 51—52, gering genährte 43—49. Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 45—48, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 33—44, fleischige 28—30, gering genährte 21—27. Färsen (Kalbinnen): vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts 54—56, vollfleischige 47—52, fleischige 39—45. Fresser: mässig genährtes Jungvieh 38—47. II. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 90—100, mittlere Mast- und Saugkälber 67—89, geringe Kälber 48 bis 65. III. Schafe: Stallmast 65—70, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel 56—64, gut genährte Schafe 40—45, fleischiges Schafvieh 42—55, gering genährtes Schafvieh 28—40. IV. Schweine: Fettschweine über 300 Pfund Lebendgewicht 82—84, vollfleischige Schweine von zirka 240—300 Pfund Lebendgewicht 82—85, vollfleischige Schweine von zirka 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht 82—84, vollfleischige Schweine von zirka 160—200 Pfund Lebendgewicht 78—81.

Myslowitz, 18. November. In der Woche vom 9. bis 15. 11. wurden aufgetrieben: 200 Bullen, 78 Ochsen, 1200 Kühe, 300 Färsen, 140 Kälber, 32 Schafe, 3644 Schweine und 15 Pferde. Gezahlt wurde für 1 kg Lebendgewicht loko Schlachthaus in Złoty: Bullen 1.20—1.58, Ochsen 1.25—1.58, Kühe 1.20 bis 1.55, Färsen 1.20—1.55, Schweine Sorte A 2.70 bis 2.80, B 2.50—2.69, C 2.25—2.49, D 2—2.24.

Gemüse. Warschau, 19. November. Grosshandelspreise des Warschauer Grójecki-Marktes für 100 kg in Złoty: Wrucken und rote Rüben 5—6, harte Zwiebeln I. 18—20, II. 12—16, weisses Kraut 7.20—7.50, Mohrrüben 5—6, Sellerie 30—36, Petersilie 12—15, Speisekartoffeln 6.50—7, Meerrettich für 1 kg 1.50—2, Tomaten I. 0.60—0.80, II. 0.30—0.40, Spinat 0.20—0.25 für 1 kg. Tendenz behauptet.

Molkereierzeugnisse. Krakau, 19. November. Der Kleinpolnische Molkereiverband notiert für 1 kg in Złoty loko Lager Krakau im Grosshandel: Tafelbutter 6.40, gesalzene Exportsorten 6.40, Landbutter 6, vollfetter Käse 2.80, Edamer 4, Tilsiter 3.90. Tendenz behauptet.

Butter. Berlin, 19. November. Amtliche Notierungen. 1. Qualität 1.82 RM., 2. Qualität 1.65 RM., abfallende Butter 1.49 RM. Tendenz ruhig.

Schrott. Kattowitz, 16. November. Grundpreise für 1 to franko Waggon Lager: Auslandsschrott 68—70 Schilling, Inlandsschrott 90 zł Die Preise tendieren nach unten Der schlechte Ordereingang bei den Hütten hat einen starken Produktionsrückgang nach sich gezogen, so dass die Hütten ihren Bedarf grösstenteils in Inlandsschrott eindecken und nur in seltenen Fällen französische oder amerikanische Ware erwerben.

Ostdevisen wurden am 19. 11 in Berlin von der halbamtlichen Kommission wie folgt notiert: Auszahlungen: Warschau 46.825 Geld, 47.025 Brief, Kattowitz 46.825 Geld, 47.025 Brief, Posen 46.825 Geld, 47.025 Brief, Kowno 41.785 Geld, 41.965 Brief. — Notennotierungen: Grosse polnische Noten 46.70 Geld, 47.10 Brief, Lit: 41.505 Geld, 41.845 Brief.

Der Złoty am 19. November. Zürich 57.80, London 43.47, New York 11.25, Prag 377.90, Mailand 214.25, Budapest (Noten) 63.90—64.20, Wien 79.54—79.82.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

(Schlusskurse) Posener Börse.

Fest verzinsliche Werte.

	20. 11.	19. 11.
Notierungen in %		
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.).	49.00G	49.50G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken).	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligat. der Stadt Posen (100 G.-zl) v. J. 1926	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1927	—	—
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	89.00 +	89.00B
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	—	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posner Ldsch. (1 D-Zentner)	—	—
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	64.50G	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	118.00G	117.00G
8% Hypothekenbriefe	—	—

Tendenz: unverändert.

Industrieaktien.

	20. 11.	19. 11.		20. 11.	19. 11.
Bank Polski	168.0 +	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorow.	—	—
Bk. Przemył.	—	—	Herzf.-Viktor.	—	—
Bk.Zw.Sp.Żar.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P.Bk.Ziemian	—	—	Dr.Roman May	—	—
Bk. Stadhag.	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P.Sp.Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unia	—	—
Cukr Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Goplana	—	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Gródek Elekt.	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: unverändert.

G = Nachfrage. B. = Angebot, = + Geschäft * = ohne Ums.

Danziger Börse.

Danzig, 19. November. Warschau 57.47—57.62, der Złoty 57.50—57.65,. London 25.00¾—25.01¼, Amsterdam 206.74—207.26, Berlin 122.567—122.873.

Im Privathandel wird gezahlt: 100 Gulden 173.70 zł New York 5.13½, Dollar gegen Złoty 8.90.

Warschauer Börse.

Börsenstimmungsbild. Warschau, 19. November. Die hiesige Börse wird nach der kurzen aufflackernden Belebung vor einigen Tagen von Tag zu Tag wieder ruhiger. Mit Ausnahme der favorisierten Bank- und Metallaktien kamen nur noch sehr wenig andere Werte zur Notiz. Nur Montanwerte wurden etwas gefragt, alle anderen Märkte waren vollkommen vernachlässigt. Eine Tendenz ist bei einem derart flauen Geschäftsgang schwer zu bestimmen. Bank Polski und Bank Handlowy verloren je einen Złoty, Bank Związku blieb behauptet. Warschauer Kohlengesellschaft verlor 2 zł bei kleinen Umsätzen. Von Metallaktien wurde Lilpop bevorzugt und gewann bei lebhaften Umsätzen 25 Groschen. Niedriger lagen Modrzejów um 25 Gr. und Rudzki um einen Złoty, Starachowieckie behauptet. An allen anderen Märkten kam es wegen Geschäftsmangels zu keinen Kursfeststellungen.

Am Markt für festverzinsliche Werte bildete die Dolarówka heute wieder den Mittelpunkt des Interesses. Bei lebhafter Nachfrage konnte sie den gestrigen Verlust von einem Złoty wieder einholen. Alle anderen Anleihen blieben gegen gestern unverändert, mit Ausnahme der leicht ermässigten 4prozentigen Investierungsanleihe. Auch Pfandbriefe und Obligationen der Staatsbanken gut behauptet. Für private Pfandbriefe hat sich die Lage etwas gebessert. Kursrückgänge kamen heute überhaupt nicht vor, die Gewinne werden dafür von Tag zu Tag zahlreicher.

Am Devisenmarkt hielt sich der Umsatz in den üblichen äusserst geringen Grenzen, die Tendenz ist immer noch fallend. Nur Devise Wien konnte 2 Gr. gewinnen. Unverändert lagen New York, Zürich und Rom, der Rest verlor bis zu 10 Gr. Der Dollar wurde nur vereinzelt zu unverändertem Kurse gehandelt.

Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.89½, Goldrubel 4.65¼, Czerwoniec 1.56½, 100 Dollar im Kabelverkehr zwischen Banken 891.75.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.76, Budapest 155.90, Bukarest 5.32¾, Oslo 238.76, Helsingfors 22.41, Madrid 124.65, Prag 26.41¾, Riga 171.75, Stockholm 239.53, Danzig 173.70, Berlin 213.17 bis 213.15, Montreal 8.72, Sofia 6.45.

Fest verzinsliche Werte.

	19.11.	18. 11
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	66.00	65.00
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	50.25	50.25
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	—	80 50
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	102.50	102.50
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	—	
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100G.-zł)	118.00	119.25
7% Stabilisierungsanleihe	88.50	—

Industrieaktien.

	19.11.	18. 11.		19 11	18.11
Bank Polski	168.50	169.50	Węgiel	73.00	—
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	119 00	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk.Zw. Sp.Z.	78.50	78.50	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	35.50	—
Puls	—	—	Modrzejów	19.00	19 25
Spies	—	—	Norblin	—	83.00
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	70.00
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. Tow. Elekt.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	22.50	22.50	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	30.00	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	33.50	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłkow.	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	41.00	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—

Tendenz: uneinheitlich.

Amtliche Devisenkurse.

	19.11 Geld	19.11. Brief	18. 11. Geld	18. 11. Brief
Amsterdam	358 71	360.51	358.81	360.61
Berlin*)	—	—	—	—
Brüssel	124.34	124.96	124.39	125.01
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.3550	43.57	43.37	43 59
New York	8.8775	8.9175	8 8775	8.9175
Paris	35.01	35.19	35.02	35.20
Prag	—	—	26 35	26.475
Rom	46 55	46.79	46.55	46.79
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Wien	125.09	125.71	125.07	125 69
Zürich	172.47	173,33	172.47	173.33

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: schwach.

militärischen Operationen eine ernste Gefahr (Hu! Red.) bedeuten. Im Kampfe um die Existenz des Staates kann eine dauerhafte Festsetzung des deutschen Elements in den Westländern ein Dolchstoß in den Rücken sein (In welchen Rücken? Red.), nicht nur gefährlich für einen Staat, der noch nicht vollauf erstarkt ist. (Der arme Angsthase! Red.)

Unter solchen Bedingungen muß der Verzicht der polnischen Regierung auf das Wiederkaufsrecht, dessen strikte Anwendung im Laufe eines Geschlechts das fremde Element aus den polnischen Ländern beseitigen könnte, wohl von ungewöhnlichen Rücksichten oder Vorteilen diktiert worden sein, wovon aber in dem Regierungskommunikat nichts zu hören ist. Dieser Teil des Vertrages ist so weit schädlich, daß er eventuelle günstige Seiten anderer Teile annulliert (z. B., daß wir nicht mehr mit verschiedenen internationalen Gerichten zu tun haben werden, deren Gutachten und Urteile allgemeine Verwunderung und Konsternation in der juristischen Welt [Ja, wegen der Rechtsauffassung des Herrn Kierski, den man jetzt nicht mehr ernst nimmt! Red.] hervorriefen. Der Verzicht der polnischen Regierung auf das Wiederkaufsrecht ergab sich weder aus dem Young-Plan, auf den er sich angeblich stützt, noch aus dem Versailler Vertrage, mit dessen Bestimmungen er nichts zu tun hat. Wenn es eine neue großmütige Geste gegenüber den Deutschen sein sollte, um die Beziehungen mit ihnen zu verbessern, dann war es eine vergebliche Geste. Auf diesem Wege werden nämlich die Beziehungen nicht verbessert, sondern die Deutschen nur noch ermuntert, immer neue und weitergehende Forderungen zu stellen.

Unbegründet ist auch die Ansicht, daß sich die Anwendung des Wiederkaufsrechts bezüglich der Ansiedler deutscher Nationalität mit der von der Verfassung gewährleisteten Gleichheit aller Bürger Polens vor dem Gesetz nicht vereinbaren ließe. Wir haben in diesem Falle mit zivilrechtlichen Verträgen zu tun, die noch von der preußischen Regierung geschlossen wurden. (So ein alter Dreher! Red.)

Es läßt sich nicht leugnen, daß die polnische Regierung, indem sie auf Wunsch der deutschen Regierung auf Rechte verzichtete, die ihr gegenüber einem Teil eigener Bürger (Ansiedler deutscher Nationalität) zustanden, vor allem die Einmischung einer fremden Regierung in innere Angelegenheiten (Siehste! Red.) des polnischen Staates anerkannt hat, und die deutschen Ansiedler im Vergleich zu den polnischen Ansiedlern, gegenüber denen das Wiederkaufsrecht, wenigstens grundsätzlich, weitergilt, in eine privilegierte Stellung brachte."

*

Herr Kierski, den die internationale Welt des Rechtes lange nicht mehr ernst nimmt, beginnt nach langem Schweigen wieder zu faseln. Wir bringen heute ausnahmsweise wieder einmal so einen „Artikel" und versprechen unseren Lesern, sie in Zukunft nicht mehr mit solchen Darstellungen zu langweilen. Herr Kierski ist nämlich nicht eine Spur geistreicher geworden. Er schreibt noch denselben Unsinn zusammen, wie vor sechs Jahren. Er kann einfach nicht anders denken, und sein Horizont ist wirklich nicht größer zu machen. Angst entstellt seine Züge und engstirniger Fanatismus treibt diese Menschenmaschine. Schade, wir hätten uns ehrlich gefreut, wenn wir einmal mit einem Menschen diskutieren könnten, der wirklich sachlich sein kann. So nehmen wir nur die Kenntnis, die unsere Journalistenpflicht gebietet. Auch dieser Dunst wird bald aufgelöst und vom Winde verblasen sein . . .

Der neue Sowjetbotschafter.

London, 20. November. (R.) Der neue russische Botschafter in London, Sokolnikow, wird in etwa vierzehn Tagen hier erwartet. Der englische Botschafter in Moskau wird zu gleicher Zeit zur Uebernahme seines Postens von London abreisen. Von der sonst üblichen Praxis, vor der Uebernahme der Botschaft ein kurzes Provisorium mit einem Geschäftsträger einzurichten, ist in diesem Falle abgesehen worden, da Sokolnikow unmittelbar nach seiner Ankunft die von der britischen Regierung verlangte Zusage in der Propagandafrage machen muß und erst von diesem Augenblick an die Beziehungen formell wieder hergestellt werden.



Die Suche nach dem Düsseldorfer Mörder.

Die rätselhafte Mordserie in Düsseldorf beschäftigt die besten Kräfte der Düsseldorfer und Berliner Kriminalpolizei. — Unser Bild zeigt den Stab der Kriminalisten bei einer Beratung (von links nach rechts): die Berliner Kriminal-Kommissare Braschwitz und Busdorf, Kriminalrat Gennat-Berlin, Kriminal-Kommissar Temboris-Düsseldorf, Kriminaldirektor Gärtner-Düsseldorf, Kriminalrat Momberg-Düsseldorf.

Aus der Republik Polen.

Der Ulitzprozeß vor dem englischen Unterhaus.

Wedgewood wünscht Ueberwachung.

London, 19. November.

Im Unterhaus fragte der sozialistische Abgeordnete Wedgewood den Staatssekretär des Aeußeren, ob Vorstellungen wegen des Prozesses gegen Ulitz von der deutschen Minderheit in Polen beim Völkerbund erhoben worden seien. Henderson erwiderte, Wedgewood wisse zweifellos, daß eine Petition des Deutschen Volksbundes, in der Protest gegen die Verhaftung von Ulitz erhoben wurde, beim Völkerbundsrat im letzten März beraten wurde. Henderson fügte hinzu: ich kenne keine beim Völkerbund wegen des Prozesses erhobenen Vorstellungen. Wedgewood erklärte hierauf, der Prozeß gegen Ulitz sei noch nicht wieder verhandelt, er fragte, ob es möglich sei, daß dieser Prozeß vom Völkerbund im Interesse der Minderheit überwacht werde. Henderson sagte, seine Informationen gehen dahin, daß der Prozeß stattgefunden habe und daß keine Vorstellungen erhoben worden seien. Wedgewood fragte hierauf Henderson, ob er so liebenswürdig sein würde, Nachforschungen darüber anzustellen, ob dies so sei, um ein Mißverständnis zu vermeiden.

Fürst Radziwiłł über die Lage.

Bei einem Diner der Freunde des „Czas" in Krakau sprach Fürst Janusz Radziwill über die Lage in Polen. Er sagte u. a.: „Unsere außenpolitische Lage hat sich bedeutend gebessert, die Autorität Polens ist erheblich gewachsen, wovon die einmütige Wahl Polens in den Völkerbundsrat und die Rangerhebung der polnischen Gesandtschaften in Italien und England ein Zeugnis ablegen. Die innere Wirtschaftslage ist schon nicht mehr so rosig, aber sie ist keineswegs schlecht, wie man dies verkündete. Die Lage ist durchaus nicht hoffnungslos, im Gegenteil, es bestehen jegliche Aussichten darauf, daß die Krise glücklich überwunden wird. Unser Staat muß wegen seiner ungünstigen geographischen Lage eine starke innere Organisation haben. Die frühere Verfassung hat de facto im Jahre 1926 aufgehört, eine neue ist noch nicht entstanden, und deshalb haben wir anormale Verhältnisse. Wir können aber getrost der neuen Kampfetappe entgegensehen. Das Ergebnis kann keinem Zweif unterliegen, da das moralische Uebergewicht auf seiten der Regierung liegt. Der Schlüssel zur Lage liegt in der Hand des Marschalls Pilsudski."

Botschafter Skirmunt überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

London, 20. November. (Pat.) Der Prinz von Wales empfing im Namen des Königs den Botschafter Skirmunt, der ihm seine Beglaubigungsdokumente überreichte. Anläßlich der Ueberreichung erhielt die Polnische Telegraphenagentur unter Vermittlung ihres Londoner Berichterstatters Erklärungen Hendersons, des Lord Parmoor und Chamberlains.

Henderson erklärte: Ich benutze die Gelegenheit, da zum ersten Male in der Geschichte der Gegenwart die Ernennung des polnischen Gesandten zum Botschafter erfolgt, um meine tiefe Befriedigung über die Erneuerung der historischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auszusprechen. Die heutigen Zeremonien symbolisieren die Rückkehr Polens in die Reihe der europäischen Staaten, die es in der Vergangenheit so würdig ausfüllte.

Lord Parmoor sagte: Die Ernennung des polnischen Botschafters am Hofe des Königs ist ein großes historisches Ereignis. Unser Geschlecht kann stolz darauf sein, daß es ihm gegeben war, die Wiedergeburt Polens zu sehen. Ohne diesen großen Akt der politischen Gerechtigkeit hätte man keinen dauerhaften allgemeinen Frieden erreicht.

Die Erklärung Chamberlains lautete: Die Maßnahme der Regierung Seiner Majestät des Königs, die britische Gesandtschaft in Warschau den Rang einer Botschaft zu erheben, ist die zum geeigneten Moment kommende Erfüllung eines Wunsches, den auch ich stets gehegt habe. Dadurch wird die Bedeutung Polens als Mitglied der europäischen Volksgemeinschaft betont, und es ist ein Beweis für das Interesse, das vom britischen Volk dem Wohlergehen Polens entgegengebracht wird, wie auch der freundschaftlichen Gefühle, die es für das polnische Volk hegt.

Eine Sprachenverfügung in Italien

Wien, 20. November. (R.) Die Blätter melden **aus Bozen: Nach der Abschaffung der Doppelsprachigkeit in Südtirol ist das Verbot der deutschen Sprache in allen öffentlichen Ankündigungen und Mitteilungen von einigen Ortsbehörden so weit getrieben worden, daß sogar Speisekarten, Prospekte, kaufmännische Rundschreiben in deutscher Sprache nicht mehr gedruckt werden. Der Präfekt von Bozen hat sich nunmehr veranlaßt gefühlt, in einem Rundschreiben an die Amtsbürgermeister nachstehende Abweichungen vom vorgeschriebenen ausschließlichen Gebrauch der italienischen Sprache bekanntzugeben:**

1. Es wird in allen öffentlichen Betrieben die mehrsprachige und auch deutsche Abfassung der Speisekarten unter der Bedingung gestattet, daß der italienische Wortlaut stets an erster Stelle steht.

2. In den Gasthäusern wird der Gebrauch von mit deutscher Inschrift versehenen Gegenständen, wie Besteck, Geschirr und Wäsche, gestattet, bis diese Gegenstände außer Gebrauch gesetzt werden.

3. In kaufmännischen Briefen und Rundschreiben wird die Ergänzung des italienischen Wortlauts durch eine deutsche Uebersetzung gestattet.

Dazu ist zu bemerken, daß im übrigen Italien die Abfassung von Speisekarten, Handelskorrespondenzen und Rundschreiben in jeder beliebigen Sprache gestattet ist.

Britische Bahn zum Roten Meer.

In der ägyptischen und arabischen Presse wird scharf gegen den geplanten Bau einer britischen Bahn protestiert, die von Maan (im Süden des britischen Mandatsgebiets Transjordanien) nach dem Hafen Akaba (an der Akaba-Bucht des Roten Meeres) führen soll. Diese Bahn würde nur strategischen Zwecken dienen, indem sie den britischen Mandatsgebieten Palästina und Transjordanien einen direkten Ausgang zum Roten Meere und damit zum Indischen Ozean eröffnen soll. Auf diese Weise würde England im Fall einer Unterbrechung des Suezkanals, der jetzigen Verbindung zwischen Mittelmeer und Indischen Ozean, aus irgendwelchen politischen oder sonstigen Gründen, einen zweiten Weg nach Indien besitzen.

Die Empörung der arabischen Nationalisten wird noch dadurch gesteigert, daß der Hafen Akaba, der Endpunkt der geplanten Bahn, früher zum unabhängigen Arabischen Staat Nedschd ge-



hörte und erst 1925, während des arabischen Bürgerkrieges zwischen Nedschd und Hedschas von den Engländern widerrechtlich besetzt wurde. Die Regierung der nunmehr vereinigten arabischen Staaten Nedschd-Hedschas (unter Herrschaft des Wahabitenkönigs Ibn-Saud) hat die Besetzung von Akaba nie anerkannt und dagegen öfters Protest erhoben. Die Erbauung der Bahn nach Akaba würde die endgültige Besitzergreifung des Hafens durch England und damit die Errichtung eines gegen Arabien gerichteten britischen Stützpunktes bedeuten.

Nobelpreise.

Eine Ehrung Deutschland: die schwedische Akademie hat den Nobelpreis für Literatur dem deutschen Dichter Thomas Mann zuerkannt. Jedesmal, wenn der Preis verliehen worden ist, macht die Namensnennung den Eindruck einer gewissen Selbstverständlichkeit. Denn natürlich, den Verfasser der „Buddenbrocks", des „Zauberbergs" und der „Königlichen Hoheit" kennt jeder halbwegs Gebildete in Deutschland. Er ist Mitglied der preußischen Dichterakademie und war bei der Lessingfeier des vorigen Jahres zum Festredner erkoren. Er schrieb „Friedrich und die große Koalition" und die „Betrachtungen eines Unpolitischen". So kam er mit seinen kultur- und zeitkritischen Urteilen auch in diejenigen Kreise hinein, die neben Geschäft und Politik für Romane und Dichter wenig Zeit übrig haben. Also man findet seine Anerkennung durch den Nobelpreis durchaus begründet. Ehe aber die Entscheidung fiel, sind doch auch mancherlei andere Namen genannt worden, und vor allem haben sich andere Länder um den Preis beworben. Um so stolzer darf Deutschland auf diese Dichter-Ehrung sein. Materiell bedeutet dieser Nobelpreis für ihn 200 000 Mark, die er, der 1875 geborene, in einem Alter empfängt, wo man noch allerhand Verwendung für einen solchen Zuwachs an materiellem Vermögen hat. Für Großindustrielle und politisch Arrivierte würde die Summe freilich keine so übermäßige Bedeutung haben. Aber im Reiche der Literatur und des Geistes wird auch heute noch nicht mit Millionen gerechnet. Das ist in Deutschland so, und das ist in anderen Ländern nicht anders. Das heutige Deutschland aber darf sich diese Ehrung von Thomas Mann um so eher auch zu einem Teil auf das nationale Konto anrechnen, als er ein vielseitiger Denker und ein verständnisvoll mit seiner Zeit lebender Mensch ist. Vor ihm sind Paul Heyse und Gerhart Hauptmann durch den Nobelpreis ausgezeichnet worden. Verschiedene Epochen, die bei Nennung dieser Namen vor unserem Geiste auftauchen! Paul Heyse, nach seinem ganzen Stil noch ein letzter Vertreter klassischer und etwas weltfremder Erzählungskunst; Gerhart Hauptmann, aus der Zeit des naturalistischen Sturmes und Dranges um die Jahrhundertwende hervorgegangen. Bei der einen Preiszuteilung meldeten sich die fortschrittlichen Kritiker zu Wort, weil ihnen der Name des Preisträgers schon zu einem Symbol für eine überwundene Kunst geworden war. Bei dem zweiten Preisträger hatte die konservative Kritik zu tadeln, daß er zu sehr „revolutionär" und deshalb zu wenig Vertreter einer allgemein anerkannten Kunstrichtung sei. Der Krönung Thomas Manns gegenüber wird wohl weder die eine noch die andere Kritik sich zu Wort melden können. Früher einmal in demselben Sturm und Drang wie Gerhart Hauptmann stehend, hat er sich nicht, wie dieser, in die Romantik geflüchtet, sondern mit realistischem Blick die großen aktuellen Probleme zu erfassen verstanden. So hat er wirklich seinem Volk, so hat er der Welt etwas zu sagen.

Die letzten Telegramme.

Die Regierungsbildung in Baden.

Karlsruhe, 12. November. (R.) Die Zentrumsfraktion des Landtages wird als Kandidaten für den Posten des Innenministers den Präsidenten des Rechnungshofes, Josef Wittemann, vorschlagen. Geboren am 24. März 1866, gehörte Wittemann von 1905 bis Mai 1923 dem badischen Landtag als Mitglied an. Von 1921 bis zu seiner Mandatsniederlegung bekleidete er das Amt des Präsidenten des Landtages.

Die französischen Grenzbefestigungen

Paris, 20. November. (R.) Maginot hat am Dienstag in der Gegend von Straßburg die am Montag im Gebiet von Metz in Diedenhofen begonnene Besichtigung der neuen französischen Grenzbefestigung fortgesetzt. Am Nachmittag ist er nach Paris zurückgekehrt. Zu einem Vertreter des „Matin" sagte er: „Wir müssen noch schwere Anstrengungen machen, aber was ich gesehen habe, ist nicht entmutigend, im Gegenteil, es ist besser, als ich dachte, und sehr gut angelegt."

Studentendemonstrationen in Prag.

Prag, 20. November. (R.) Beim deutschen Pathologischen Institut sammelten sich heute früh etwa 200 Studenten an, die sich jedoch auf die Aufforderung der Wache hin zerstreuten. Heute finden an den deutschen Hochschulen noch keine Vorlesungen statt, an der deutschen Technischen Hochschule werden sie morgen wieder aufgenommen.

Raubüberfall in einem Mannheimer Kolonialwarengeschäft.

Mannheim, 20. November. (R.) Mit großer Dreistigkeit ist gestern abend die Filiale einer Kolonialwarenhandlung beraubt worden. Mit dem Ruf: „Hände hoch!" stürzte plötzlich ein maskierter Mann, den Revolver in der Hand, in den Ladenraum, feuerte einen Schuß ab und bemächtigte sich der Kasse, die er in aller Eile auszuplündern begann. Allerdings gelang es ihm in der Hast nur, einen Teil der eingegangenen Beträge an sich zu nehmen. Dann trat er schleunigst den Rückzug an. Es gelang ihm auch, unerkannt zu entkommen.

Kämpfe in China.

Moskau, 20. November. (R.) Sowjettruppen haben nach heftigen Kämpfen, bei denen die Chinesen 2090 Mann an Toten verloren, die Städte Dalainor und Mandschuli an der chinesischen Ostbahn besetzt.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr. Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Margarete Wagner, Kosmos Sp. z o. o. Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen. Zwierzyniecka 6.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau,** 19. November. Hier hat sich, der „Rzeczpospolita“ zufolge, eine schwere Autokatastrophe zugetragen. Die Straße war so glatt, daß ein Autobus in voller Fahrt ins Rutschen kam und in den Graben stürzte. Der Autobus wurde vollkommen zerstört. Die elf Insassen trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon.

* **Lodz,** 19. November. Auf dem jüdischen Friedhof ereignete sich ein schwerer Unfall. Der Friedhofsaufseher war, mit einem Gewehr bewaffnet auf den Friedhof gegangen, angeblich, um Kaninchen zu schießen. Als er durch die Gänge schritt, bemerkte er, daß sich hinter einem der Gräber etwas rührte. In der Annahme, daß ein Grabschänder den Friedhof betreten habe, feuerte er in die Richtung des Grabes zwei Schreckschüsse ab. Kaum waren die Schüsse gefallen, als sich eine Frau hinter dem Grabe erhob und auf den Aufseher zukam, jedoch bald zusammenbrach. Der Aufseher trat nun näher an das Grab heran und mußte sich zu seinem Schrecken überzeugen, daß er zwei Frauen angeschossen hatte. Er benachrichtigte die Rettungsstelle, deren Arzt feststellte, daß die eine Frau am Kopf und an der Brust und die andere an der Schulter schwer verletzt war. In lebensgefährlichem Zustand wurden beide Frauen ins Krankenhaus gebracht, während der Aufseher verhaftet wurde.

* **Tomaszow,** 19. November. Wie die „Rzeczpospolita“ erfährt, sollen im hiesigen Magistrat allerlei Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sein. Auf Grund verschiedener Gerüchte hatte im Auftrage der Wojewodschaft Inspektor Kozlowski eine unvermutete Revision unternommen, die unglaublich verworrene Zustände ans Tageslicht förderte. Man spricht davon, daß ein Regierungskommissar ernannt werden wird, um Ordnung in die Tomaszower Stadtverwaltung zu bringen. Wie weit das Gericht wird befaßt werden müssen, steht noch nicht fest.

Geschäftliche Mitteilungen.

= **Bremen-Flugzeug im dichten Nebel durch Radio 350 Kilometer weit zum Mutterschiff zurückgesteuert.** Jetzt erst wird eine neue Glanzleistung des Radiosicherheitsdienstes bekannt. Auf der letzten Fahrt des Lloyd-Dampfers „Bremen“ nach Neuyork war, wie üblich, das Bremen-Postflugzeug in etwa 1100 Kilometer Entfernung von der Küste nach Boston mit der Post von Bord mit Hilfe des Katapults abgeflogen. Unterwegs geriet das Flugzeug jedoch in dichten Nebel. Auch die Wetterberichte von den Küstenstationen, die mit dem Telefunken-Flugzeug-Radio aufgenommen wurden, lauteten ungünstig. Der Führer entschloß sich zur Rückkehr. Aber wie im Nebel den Weg zum Mutterschiff, das sich in schneller Fahrt nach Neuyork befand, zurückfinden? Das Radio hat es ermöglicht. Auf Aufforderung der Funkoffiziere der „Bremen“ sandte das Flugzeug alle zehn Minuten Richtungszeichen für den Telefunken-Peiler an Bord der „Bremen“. Dank der so erhaltenen Peilungen konnte die „Bremen“ mit ihrer Debeg-Bord-Funkstelle dem Flugzeugführer die zu steuernden Kurse zurücktelegraphieren. Und richtig, das Flugzeug fand sicher auf diese Art im Nebel seinen Weg! Um 5 Uhr abends bemerkten die Flieger die nach oben gerichteten Scheinwerfer der „Bremen“, und kurze Zeit darauf war die Flugmaschine an Bord des Mutterschiffes geborgen.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen,** 18. November. Der Chauffeur Józef Górny hatte auf der Feldstraße den Radler Józef Cioszański überfahren, der infolgedessen wenige Stunden darauf starb. Górny wurde von der Strafkammer zu 6 Monaten Gefängnis unter Bewilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist verurteilt.

* **Strasburg,** 19. November. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich Leo Tobolewski vom Gute Gajdy zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, Drohbriefe an den Gutsbesitzer Lehmann in Karben gerichtet zu haben, um von L. ein Darlehn von 5000 Zloty zu erhalten. Das Gericht nahm mildernde Umstände an und verurteilte den jungen Menschen zu 6 Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

* **Thorn,** 18. November. Dieser Tage hatte sich vor der Strafabteilung des Bezirksgerichts der Kaufmann Goldstein aus Thorn zu verantworten, der im Jahre 1925 zusammen mit zwei Männern namens Kronsilber und Fajwlowicz in der Breitenstraße ein Manufakturwarengeschäft betrieb. Die Waren waren bei der Baseler Versicherungsgesellschaft mit 500 000 Zloty versichert. Nach den Angaben des Angeklagten wurde in der kritischen Nacht der Ofen, der schadhaft war, geheizt. Als er gegen 3 Uhr früh erwachte und auf den Korridor hinausging, sah er im Glasdach einen Lichtschein. Beim Oeffnen der zum Laden führenden Tür erfolgte eine heftige Explosion. Er wurde zu Boden geschleudert und erlitt starke Brandwunden, so daß er zwei Monate im Krankenhause zubringen mußte. Die Untersuchung brachte keinerlei Spuren eines Verbrechens zutage. Drei Wochen später dagegen entdeckte die Versicherungskommission unter den Trümmern mit Petroleum getränkte Lappen. Es ließ sich jedoch nicht einwandfrei feststellen, ob die Lumpen vor oder nach dem Brande mit Petroleum getränkt worden waren. Die Vernehmung der Zeugen brachte auch keine Aufklärung. Der Staatsanwalt sagte in seinem Plaidoyer, Goldstein habe zur Erlangung der hohen Versicherungssumme den Brand selbst angelegt. Während die Bücher, die die Schuldner und die Wechsel enthielten, erhalten sind, seien die anderen Bücher, die ein Bild über den tatsächlichen Warenbestand geben könnten, mit verbrannt. Der Staatsanwalt trat daher für Bestrafung des Angeklagten ein. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Przysiecki, beantragte Freispruch. Das Gericht sprach den Angeklagten Goldstein wegen Mangels an hinreichenden Beweisen frei, ebenso die beiden Mitangeklagten.

Filmschau.

= **Im Kino Stylowe** ist bisher noch niemals so viel und so herzlich gelacht worden, wie jetzt bei der Vorführung der humoristischen Komödie „Der Ehegatte wider Willen“. Jeder, der auch nur das geringste Empfinden für Humor hat, stimmt in die fröhlichen Lachsalven mit ein, die im tollen Tohuwabohu der übermütigen, aber stets dezenten Szenen einander ablösen. Alles quietscht und wälzt sich beim Vorübersausen der Fülle köstlichen Humors, als dessen Träger „Der Ehegatte wider Willen“ in der Person des Komikers Monty Banks auftritt. Wer sich also den Genuß zweier Stunden ungetrübten Humors verschaffen will, der versäume den Besuch dieses köstlichen Films nicht, der ein Bornquell stärkender Medizin selbst für den verknöchertsten Hypochonder ist. Lachen ist gesund. hb.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis 13½ Uhr.

Danzig II. 1. Wenn Sie die Wirtschaft bei der Subhastation erstehen, hat W. nicht das Recht, sie auf gerichtlichem Wege von Ihnen zurückzufordern. 2. Die Gläubiger haben noch Ansprüche, und zwar für das Restkaufgeld und für die Mündelgelder nach Abzug der von Ihnen s. Zt. mit aufgewerteten Summen gezahlten Beträge. Ziffernmäßig können wir Ihnen die Höhe der von Ihnen zu leistenden Gelder nicht angeben, da nicht feststeht, in welcher Höhe die Aufwertung erfolgt.

Sport und Spiel.

Meisteraussichten der Posener „Warta“

Nach den letzten Meldungen ist es doch noch möglich, daß die Posener „Warta“ Fußballmeister von Polen wird, weil die Aussicht bestehen soll, daß das Spiel gegen die Lodzer Touristen wieder für ungültig erklärt wird und „Warta“ bei einer Wiederholung in Lodz alles daran setzen würde, die „Touristen“, die auch im vergangenen Jahre zum Schluß der Meisterschaftsspiele eine wichtige Rolle gespielt haben, zu schlagen. Das entscheidende Spiel würde dann am 1. Dezember stattfinden, also am gleichen Tage, an dem „Garbarnia“ nochmals gegen „Ruch“ antritt.

Den Völkerpokal bei den internationalen Reiterwettkämpfen in Genf hat die deutsche Mannschaft errungen, indem sie Frankreich, Belgien und die Schweiz schlug.

Den Tenniskampf Paris—Berlin gewannen die Franzosen 9:3, zu deren Sieg hauptsächlich Borotra beitrug.

Die polnische Tennis-Rangliste ist vom Tennisverband folgendermaßen zusammengestellt worden: Max Stolarow, Marszewski, Warmiński, Foerster, Tloczyński, Jerzy Stolarow, Tarnowski, Jan Loth, Horain, Jurczyński; an 19. Stelle steht Steiner hinter Navratil und Stahl. Nicht qualifiziert wurden u. a. Czetwertyński, Potuczek, Szczerbiński, Szwede, Lisowski und Przybylski. Von den Damen führt Jędrzejewska vor Frl. Posselt, 5. Raciborska, 6. Boniecka, 7. Scarpowa. Nicht qualifiziert sind u. a. Dubieńska, Frl. Richter und Fr. Geißler. Im Herren-Doppel stehen unangefochten die Brüder Stolarow an der Spitze vor dem Posener Paar Tloczyński und Warmiński. Daß im Einzelspiel Marszewski vor Warmiński plaziert wurde, dafür waren wohl hauptsächlich die diesjährigen Ausscheidungsspiele zum Davis-Cup maßgebend, bei Foerster sein Abschneiden gegen den Rumänen Botez.

In Gieschowitz (Oberschlesien) soll der erste Golfplatz in Polen geschaffen werden, und zwar von Amerikanern, die in den Giesche-Werken beschäftigt sind.

Wettervoraussage für Donnerstag, 21. November.

= **Berlin, 20. November. Für das mittlere Norddeutschland: Wolkig bis heiter, nirgends wesentliche Niederschläge bei südlichen Winden; Temperaturen wenig verändert.**